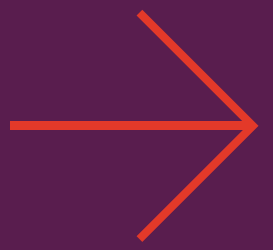
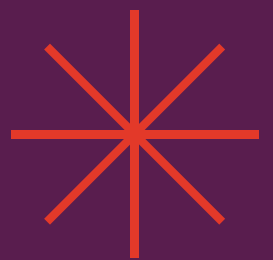
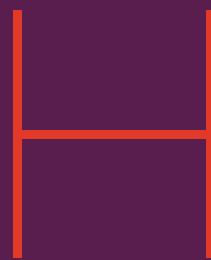

Und plötzlich war da Krieg?

Kontext und Auswirkungen
des russischen Angriffskrieges
gegen die Ukraine





I	Einleitung	Julia Miller Larissa Denk	04
II	Antislawismus - eine Lücke im deutschen Antirassismuskurs Versuch einer Definition	Isa Luzie Brodnjak Sergej Prokopkin	07
III	Verschwörungsideologie im Zusammenhang mit dem Krieg gegen die Ukraine	Ulrich Peters	18
IV	Rechte Ideologien und Akteur*innen in Russland	Lara Schultz	25
V	„Wenn wir präventiv handeln wollen, bedarf es mehr“	Interview mit Marina Batalova	33
VI	Perspek'tif:a und Hamburg Vernetzt gegen Rechts stellen sich vor		40

I

Einleitung

von Julia Miller und Larissa Denk

Mit dem groß angelegten russischen Angriff auf die Ukraine am 24. Februar 2022 rückte Krieg in seiner Unmittelbarkeit wieder in die Wahrnehmung ganz Europas. Themen wie Bewaffnung, Militärausgaben, Kriegsverbrechen und die folgende Energiekrise bestimmten die Nachrichten und unsere Gespräche. In dieser Zeit ist die Idee für diese Handreichung entstanden. So, wie wir nicht voraussagen konnten, dass der Krieg auch über ein Jahr später noch in seiner Virulenz bestehen bleibt, können wir auch den weiteren Verlauf nicht vorhersehen. Die Debatten und auch das Kriegsgeschehen entwickeln sich seither immer weiter. Die in 2022 noch gängige Beschreibung des Krieges gegen die Ukraine, als "ersten Krieg auf europäischem Boden seit 1945" stellte sich nicht nur als faktisch falsch heraus, sondern zeigte außerdem auf, dass vergangene Kriege, Konflikte und Genozide in Europa seit Ende des Zweiten Weltkrieges scheinbar vergessen wurden. Die Gedächtnislücke weist insbesondere darauf hin, wie wenig *wir* im Westen über den Osten Europas wissen (wollen). Das gilt auch für den Zeitraum vor 1945. So findet der deutsche Eroberungs- und Vernichtungskrieg in Osteuropa, der durchaus in der Tradition kolonialer Ambitionen gesehen werden muss, oder auch die deutsche Siedlungsgeschichte im Osten Europas nur wenig Platz im kollektiven Gedäch-

nis Deutschlands. Es ist vermutlich nicht zuletzt dieser Blick von Nordwesteuropa, der Warnungen vor einem russischen Angriffskrieg übersehen hat. Bei genauerer Betrachtung begann der Krieg gegen die Ukraine schon weit vor Februar 2022, nur, dass er vor diesem Zeitpunkt für die deutsche Öffentlichkeit noch weit weg zu sein schien. Dass dieses Unwissen letztendlich dazu führt, dass die Perspektiven und Interessen der betroffenen Länder und Menschen nicht gesehen werden, wird nun mehr als deutlich. Das Ausleuchten dieser Leerstellen und auch die Hintergründe und Auswirkungen des russischen Angriffskrieges bleiben also weiterhin relevant.

Der Krieg hat auch zur Folge, dass vermehrt auf Communitys in Deutschland mit eigenen biographischen Bezügen zum osteuropäischen und postsowjetischen Raum geblickt wird. Dabei stolpern wir bereits bei der Benennung dieser Communitys über unsere Unkenntnis spezifischer Migrations- und Fluchtgeschichten und die Schwierigkeiten, Bezeichnungen für solch eine heterogene Gruppe von Personen zu finden⁰¹. Diese Menschen stellt der Krieg vor große Herausforderungen. Gegensätzliche Wahrnehmungen des Kriegsgeschehens führen zu Auseinandersetzungen innerhalb der Communitys, in Familien und Freundschaften, oftmals

zwischen den Generationen. Der Krieg gegen die Ukraine wird von einem Propagandaapparat begleitet, der nicht nur auf die Bevölkerung der Russischen Föderation zielt, sondern auch die Meinung von russischsprachigen Personen in Deutschland beeinflussen soll. Und es zeigt Wirkung. So machten insbesondere im Sommer 2022 einige Unterstützer*innen der russischen Invasion Schlagzeilen, als sie mit Russlandfahnen an ihren Autos bundesweit durch Innenstädte fuhren und sich mit Russland solidarisierten. Diese Autokorsos waren nach eigener Angabe Demonstrationen gegen eine in Deutschland größer werdende „Russophobie“ – ein Narrativ, welches von der russischen Staatspropaganda verbreitet und auch von der AfD zur Mobilisierung dieser Personengruppen aufgenommen wird.

Dabei ist Antislawismus eine real existierende Form von struktureller, rassistisch begründeter Diskriminierung gegen Personen, die als „Osteuropäer*innen“ und „Slaw*innen“ kategorisiert werden und die eben nicht nur gegen Russ*innen gerichtet ist. Obwohl diese Diskriminierungsform ein verhältnismäßig altes Phänomen ist, blieb sie lange nahezu unbeachtet. Der erste Beitrag dieser Handreichung, „Antislawismus – eine Lücke im deutschen Antirassismuskurs“ widmet sich daher dieser Leerstel-

le. Sergej Prokopkin und Isa Luzie Brodnjak zeichnen in ihrem Beitrag die historischen Kontinuitäten und rassistischen Logiken des Antislawismus nach und schaffen damit eine Grundlage für die Antidiskriminierungsarbeit und weitere Handlungsoptionen.

Vorangegangen war diesem Krieg eine langjährige Einflussnahme auf Medien und die Kontrolle über Information, sowohl in Russland als auch im Ausland. Rechte und rechtsextreme Milieus wie auch verschwörungsideologische Zusammenhänge in Deutschland sind bereits seit der russischen Annexion der Krim in 2014 wichtige Abnehmer*innen wie auch Verbreiter*innen von Propaganda und kremlnaher Desinformation. Nach den Protesten gegen die staatlichen Maßnahmen zur Bekämpfung der Corona-Pandemie nutzen verschwörungsideologische Akteur*innen den russischen Krieg gegen die Ukraine als weiteres Thema, um das Mobilisierungspotential aufrechtzuerhalten. Ulrich Peters beschreibt in seinem Beitrag „Verschwörungsideologie im Zusammenhang mit dem Krieg gegen die Ukraine“, wie der Krieg in verschwörungsideologischen Zusammenhängen als Projektionsfläche genutzt wird und zeichnet personelle und narrative Verbindungen nach.

⁰¹ So beschreiben Bezeichnungen wie „Osteuropa“ oder „Balkan“ nicht lediglich geografische Orte, aus denen Personen oder deren Familien womöglich kommen. Solche Begriffe sind historisch gewachsen und oftmals mit rassistischen Zuschreibungen verknüpft.

Im Zuge des russischen Angriffskrieges wird oftmals stark verkürzt von „Russen“ gesprochen, um Personen zu benennen, die Russisch sprechen und einen biographischen Bezug zum osteuropäischen Raum haben. „Dabei kommen viele russischsprachige Migrant*innen nicht aus Russland, sind im ethnischen Sinn keine Russ*innen und identifizieren sich auch nicht mit diesem Land“ (Steinberg/Vitter 2022, S. 6). Eine Möglichkeit, um die komplexen Migrationsgeschichten von russlanddeutschen (Spät) Aussiedler*innen und jüdischen Kontingentgeflüchteten mitzudenken, die aus zahlreichen ehemaligen Sowjetrepubliken wie Kasachstan und der Ukraine kommen, ist, von Personen mit postsowjetischer Migrationsgeschichte zu sprechen. Dabei muss auch der Begriff des Postsowjetischen bedacht verwendet werden, da er „nicht von der gewaltvollen Geschichte der erzwungenen Russifizierung der übrigen Sowjetrepubliken zu trennen ist und Russland wiederum in den Mittelpunkt stellt“ (ebd). Hinzu kommt, dass Länder, wie Tschechien, Polen, oder Bulgarien kein Teil der Sowjetunion waren und damit nicht als postsowjetisch bezeichnet werden können.

Diese auch durch den Kreml verbreiteten Narrative lassen sich nicht auf eine kohärente und inhaltlich konsistente Ideologie zurückführen, die in und außerhalb Russlands den Angriffskrieg legitimieren soll. Vielmehr bedient sich die russische Staatsideologie verschiedener historischer und neuerer ideologischer Versatzstücke, die teilweise widersprüchlich sind. Dieser ideologische Eklektizismus dient als strategisches Mittel, um möglichst vielen Anknüpfungsmomente zu bieten und die ideologischen Bezüge vor Kritik zu immunisieren. In ihrem Text zu rechten Ideologien und Akteur*innen in Russland stellt Lara Schultz diese Versatzstücke und ihre Quellen vor und beschreibt, wie Repression nach innen und Propaganda nach außen wirken.

Die ideologischen Bestandteile und kremlnahen Narrative werden nicht nur von Erwachsenen verbreitet, auch Kinder und Jugendliche nehmen solche Äußerungen wahr und tragen sie womöglich in ihren Alltag, so auch in die Schule. Lehrkräfte zeigen sich häufig ver-

unsichert und überfordert, wie mit dem Thema des Krieges in Schulen umgegangen werden kann. Ethnozentrierte Einstellungen sind schon lange ein Problem an Schulen, mit dem Krieg kommen weitere Problemfelder hinzu. In einem Interview mit der RespektCoachin Marina Batalova sprechen wir über die Situation und Schwierigkeiten an Schulen seit dem 24. Februar 2022 und welcher pädagogische Umgang gefunden werden kann.

Die Situation rund um den Krieg gegen die Ukraine entwickelt sich rasant. Tagtäglich erreichen uns neue Informationen und Bilder, ob über Nachrichtenplattformen oder soziale Medien. So können wir mit dieser Handreichung auch lediglich einen ersten Aufriss für Themen schaffen, die noch weiter und intensiver besprochen werden müssen. Dabei können wir nicht alle Aspekte und Perspektiven abdecken. Dennoch hoffen wir, einen Beitrag zu Debatten beitragen zu können, die vermutlich auch über das hoffentlich baldige Ende des Krieges hinaus noch lange reichen werden.

Nachweise

A. Steinberg/M. Vitter (2022): „Eine Waffe im Informationskrieg“ Demokratiefeindliche Narrative in Russlands Angriffskrieg gegen die Ukraine, Berlin: Amadeu-Antonio-Stiftung.

Antislawismus - eine Lücke im deutschen Antirassismuskurs

Versuch einer Definition

von Isa Luzie Brodnjak und Sergej Prokopkin

*frei in diesem land
sind nur jene
die uns die freiheit nehmen*

Elona Beqiraj

Der Antislawismus, oft synonym auch als antislawischer Rassismus⁰¹ bezeichnet, ist eine Diskriminierungsform, die in Deutschland in den letzten Monaten vermehrt Aufmerksamkeit erlangte. Das ist einerseits auf die intensivere Auseinandersetzung von Aktivist*innen und Wissenschaftler*innen mit dem Thema zurückzuführen, andererseits auf die aktuellen Flucht- und Migrationsbewegungen, insbesondere aus der Ukraine, Belarus und Russland. Das gesteigerte Interesse führt unweigerlich dazu, dass in verschiedenen Sphären der Antidiskriminierungsarbeit ein Bedürfnis nach mehr Greifbarkeit dieser Diskriminierungsform entsteht. Obwohl Antislawismus ein verhältnismäßig altes Phänomen ist, dessen Geschichte zurück bis in das Mittelalter reicht, blieb er im deutschen Antirassismuskurs⁰² über Jahrzehnte weitgehend unbeachtet. Gleichzeitig wurden Diskriminierungsformen wie Antisemitismus, Antischwarzer Rassismus, antimuslimischer Rassismus, asiatischer Rassismus oder Rassismus gegen Rom*nja und Sinti*zze zunehmend diskutiert und greifbar gemacht. Die Komplexität des Anti-

slawismus erschwert die Auseinandersetzung mit dieser Diskriminierungsform zusätzlich, sodass selbst die Grundfragen, wie „Was ist Antislawismus?“, „Wie funktioniert Antislawismus?“ oder „Wen betrifft Antislawismus?“, bisher nicht eindeutig beantwortet werden konnten. Im Folgenden wird ein Definitionsvorschlag für den Antislawismusbegriff vorgestellt, auf dessen Basis die Komplexität der Diskriminierungsform aufgezeigt werden soll.

Definition

Den Ausgangspunkt dieses Beitrags stellt die folgende Definition des Antislawismus-Begriffs dar:

*Antislawismus ist eine Form der strukturellen Diskriminierung, die mit rassistischen Logiken operiert und in historischer Kontinuität zur Unterdrückung von Menschen führt, denen eine Zugehörigkeit zu einer sozialkonstruierten Gruppe – „die Slaw*innen“ bzw. „Osteuropäer*innen“ – zugeschrieben wird.*

Diese wurde insbesondere für die Antidiskriminierungsarbeit im Rahmen von zahlreichen Workshops zum Thema Antislawismus sowie in einer Auseinandersetzung mit Aktivist*innen, die zu dem Thema arbeiten, entwickelt. Bei den Workshops und damit bei der Entwicklung der Definition wurde vor allem auf die Methoden und theoretischen Grundlagen zurückgegriffen, die vom Institut für Social Justice und Radical Diversity⁰³ vermittelt werden. Folgende Auseinandersetzung mit dem Antislawismus-Begriff wird entlang der vorgeschlagenen Definition geführt.

Strukturelle Diskriminierung

Den Kernpunkt der Auseinandersetzung mit Antislawismus als Diskriminierungsform stellt die Analyse seiner strukturellen Verankerung in der Gesellschaft dar. Das heißt, dass Antislawismus nicht nur in zwischenmenschlichen Interaktionen zum Vorschein kommt, sondern fest in unser gesellschaftliches System eingeschrieben ist⁰⁴ und sich auf individueller, kultureller sowie institutioneller Ebene verorten lässt. Dabei bezieht sich Diskriminierung auf der individuellen Ebene auf das Sprechen und Handeln.⁰⁵ So stellen beispielsweise ein antislawistischer Gewaltübergriff auf der Straße oder ein antislawistischer Witz auf dem Schulhof (z. B. sog. „Polenwitze“) eine Diskriminierungshandlung auf der individuellen Ebene dar. Auf der kulturellen Ebene zeigt sich die antislawistische Diskriminierung durch stereotypisierte Darstellungen in verschiedensten Medien wie Filmen, Werbung, Literatur etc.⁰⁶ So wird beispielsweise ein diskriminierendes Bild der „kriminellen Russen“ oder des „wildes Balkans“ in Filmen wie „Eastern Promises“⁰⁷ oder der ZDF-Doku „Balkan-Style – Durch Europas wilden Südosten“⁰⁸ reproduziert. Auf institutioneller Ebene ist der Antislawismus in unsere Gesetze, Institutionen und de-

ren Entscheidungsstrukturen und Abläufe eingeschrieben. So mussten Arbeitssuchende aus Ländern der EU-Osterweiterung, nachdem aus „Angst vor billigen Arbeitskräften“ aus (Süd-)Osteuropa die Arbeitnehmer*innen-Freizügigkeit für diese Länder ausgesetzt wurde, statt in reguläre Arbeitsverhältnisse zu gehen, in teilweise prekäre und ungeschützte Arbeitsverhältnisse ausweichen, um auf dem deutschen Arbeitsmarkt anzukommen.

Die verschiedenen Ebenen greifen ineinander und überschneiden sich, sodass eine Zuordnung zu der jeweiligen Ebene (individuell, kulturell oder institutionell) nicht immer möglich ist. Eine Richterin, die von antislawistischen Vorurteilen als Individuum beeinflusst ist, könnte beispielsweise bewusst oder unbewusst diese in ihre Gerichtsentscheidungen einfließen lassen. Somit lässt sich eine Entscheidung des Gerichts nicht immer von den persönlichen Voreinstellungen der Richterin trennen. Die rassistischen Logiken operieren dadurch sowohl auf der individuellen als auch auf der institutionellen Ebene.

Rassistische Logiken

Antislawismus konstruiert analog zu anderen Diskriminierungsformen durch verschiedene fiktive oder tatsächliche Marker die Gruppe der „Slaw*innen“ bzw. der „Osteuropäer*innen“. Diese Zuschreibungen dienen dazu, zu begründen, warum es legitim ist, diese Gruppe von bestimmten materiellen oder symbolischen Ressourcen auszuschließen und Machtstrukturen aufrechtzuerhalten.⁰⁹

Der durch Edward Said, einen US-amerikanischen Literaturtheoretiker, geprägte Begriff *Othring*¹⁰ beschreibt die „gewaltvolle hegemoniale Praxis“ des Fremdmachens.¹¹ Durch Prozesse des *Othring* werden sowohl Dominanzansprüche gegenüber den „Anderen“, als auch die eigene Identität abgesichert,

⁰¹ Die Auseinandersetzung um die Begrifflichkeiten „Antislawismus“ und „antislawischer Rassismus“ ist nicht abgeschlossen, so dass in wissenschaftlichen sowie aktivistischen Diskursen beide Begriffe verwendet werden. Von solchen Begriffen wie „Russophobie“ oder „Antipolonismus“ wird in diesem Text abgesehen, denn diese stellen aus der Sicht der Autor*innen Propagandamittel des Kremls sowie der PiS-Partei dar und zielen auf eine Instrumentalisierung diskriminierungskritischer Diskurse ab.

⁰² Hier ist insbesondere die fehlende Auseinandersetzung der sog. Dominanzgesellschaft mit dem Thema gemeint.

⁰³ vgl. Czollek et al., 2019

⁰⁴ vgl. Rommelspacher, 2015

⁰⁵ vgl. Czollek et al., 2019

⁰⁶ Anschauliche Beispiele liefern A. Koemets und J. Dieckmann in ihrem Beitrag: Antislawismus – Zwischen Popkultur und Diskriminierungsrealitäten, 2022.

⁰⁷ Auf Deutsch: „Tödliche Versprechen“, 2007

⁰⁸ ZDF, „Balkan-Style - Durch Europas wilden Südosten“, 2021

⁰⁹ vgl. Rommelspacher, 2002

¹⁰ vgl. Said, 1978

¹¹ vgl. Mecheril, 2010

indem die „Anderen“ als Gegenbild zum „Selbst“ fungieren¹² und gleichzeitig ein „Wir“ konstruiert wird¹³. Dies geschieht, indem Gemeinsamkeiten ausgeschlossen werden und das Trennende ins Extreme betont wird bis „die Unterscheidung immer selbstverständlicher, ja ‚normal‘ und ‚natürlich‘ erscheint“.¹⁴

So wurde den „Slawen“ in der NS-Ideologie ein Mangel an evolutionärer Entwicklung und Primitivität zugeschrieben und somit ihre Diskriminierung durch Kulturalisierung oder Naturalisierung gerechtfertigt.¹⁵ Auch heute noch wird „Slaw*innen“ oder „Osteuropäer*innen“ wahlweise „Wild-“, „Rückständig-“, „Barbarisch-“ oder „Kriminell-Sein“ zugeschrieben. So behauptete noch im April 2022 Florence Gaub, eine deutsche Politikwissenschaftlerin, in der ZDF-Sendung bei Markus Lanz: „Wir dürfen nicht vergessen, auch wenn Russen europäisch aussehen, dass sie keine Europäer sind, im kulturellen Sinne; anderen Bezug zu Gewalt haben, anderen Bezug zum Tod haben [...]“.¹⁶ Die Anspielung auf eine vermeintliche kulturelle Rückständigkeit der „Nichteuropäer*innen“ war dabei deutlich zu erkennen. Auch das negative Bild von „Osteuropa“ geht in der konstruierten Dichotomie „Wir - der gute Westen“ und „die Anderen – der böse Osten“ auf.

In dem Zusammenhang zu erwähnen ist auch Maria Todorova, die in ihrem Buch „Die Erfindung des Balkans“ (1999) die Theorie des Orientalismus von Edward Said (1978) aufgreift und untersucht, wie der „Balkan“ in der Wahrnehmung Westeuropas konstruiert ist.

„Wie im Falle des Orients hat der Balkan als ein Müllplatz für negative Charakteristika gedient, gegen den ein positives und Selbstbeweihräucherndes Image des „europäischen Europäers“ und des „Westens“ konstruiert worden ist.“¹⁷

Dem „Balkan“ wird oft eine Eigenschaft als „Brücke zwischen Ost und West“, „halbentwickelt“ oder „halb-orientalisch“ zugeschrieben. Der „Balkan“ gehört zwar geografisch

zu Europa, trotzdem wird er kulturell als das Andere und damit als eine eigenständige und unvollständige Einheit zugleich konstruiert, er bleibt „Europas unterdrücktes, anti-zivilisatorisches Alter-Ego“¹⁸.

Die Prozesse des *Otherings* werden auch deutlich, indem man sich anschaut, welche Kategorien markiert sind und welche es nicht sind. Während „Osteuropa“ oder „Süd-Osteuropa“ markierte Kategorien sind, wird der Rest von Europa nicht als „Nord-Westeuropa“, sondern schlicht Europa genannt. Diese nicht gekennzeichneten Kategorien dominieren die Wirklichkeit und werden ganz automatisch im „Zentrum der allgemeinen Vorstellungen“ gesehen.¹⁹

Sozialkonstruierte Gruppe „die Slawen“

Menschengruppen werden sozial konstruiert, indem bestimmte Einzelpersonen, Gruppen, Mehrheiten oder Institutionen als „Bestimmer von Wirklichkeit“²⁰ die Macht der Zuschreibungen für die Etablierung und Normalisierung von sozialen Konstruktionen nutzen. Dies hat zur Folge, dass diese kaum noch als in historischen und sozialen Prozessen hergestellte Konzepte hinterfragt werden können.²¹

So bezeichnet der deutsche Historiker Eduard Mühle die verallgemeinernde Bezeichnung „die Slawen“ als eine Abstraktion der modernen Sprachwissenschaft, dessen Ursprung insbesondere in der Bildung eines eigenständigen „slawischen“ Sprachzweiges durch die Sprachforscher*innen des 18. Jahrhunderts liegt. Sie schufen damit eine philosophisch-wissenschaftliche Grundlage, auf der „die Slawen“ als eine besondere Gemeinschaft imaginiert werden konnte. Eine Verbundenheit wurde über die gemeinsame Sprachherkunft hinaus konstruiert. Auf diese Tradition wird fortlaufend bis in die Gegenwart zurückgegriffen, obwohl es sich kaum benennen

¹² vgl. Rommelspacher, 2002

¹³ vgl. Mecheril, 2010

¹⁴ vgl. Rommelspacher, 2002

¹⁵ vgl. Wette, 1996

¹⁶ zit. in Watson, 2022

¹⁷ Todorova, 1999, S. 267

¹⁸ Todorova et al., 2002, S. 471

¹⁹ vgl. ebd.

²⁰ Berger/Luckmann, 2003, S. 124

²¹ vgl. Kamphues, 2009

lässt, was die ethnisch-nationalen Gruppen wie jene aus Belarus, Bosnien, Bulgarien, Kroatien, Mazedonien, Montenegro, Polen, Russland, Serbien, Slowakei, Slowenien, Ukraine oder sorbischen Gebieten, jenseits der Verwandtschaft ihrer Sprachen, in der Vergangenheit als eine Gruppe verband oder in der Gegenwart verbindet.²² Vielmehr gab es eine identitätsstiftende Wirkung sowie geschichtspolitische Funktion der Erinnerung an die vermeintliche Gemeinschaft der „Slaw*innen“. Diese wurde von europäischen Monarchien und später auch von der Sowjetunion, insbesondere in den „Panslawischen-Bewegungen“²³, herangezogen, um eigene politische Ziele zu legitimieren und durchzusetzen. Die europäischen Diskurse zur „slawischen Bedrohung“ zementierten die Vorstellung von einem einheitlichen „Slawentum“ insbesondere ab der zweiten Hälfte des 19. Jh. Demnach muss vor diesem Hintergrund die Etablierung und Normalisierung der sozialen Konstruktion „die Slawen“ hinterfragt werden. Dennoch ist es wichtig zu betonen, dass hinter dem sozialen und kulturalistischen Konstrukt der „Slawen“, das in verschiedenen Kontexten instrumentalisiert wurde, sich auch reale historische Strukturen entdecken lassen.²⁴

Um diesem Dilemma zu entkommen und damit einerseits auf die Konstruiertheit der Kategorie der „Slawen“ kritisch einzugehen und andererseits Menschen, denen das Slawischsein zugeschrieben wird, vor Diskriminierung zu schützen, empfiehlt es sich, die soziale Konstruktion der „Slawen“ im Sinne des *strategischen Essentialismus* zu verhandeln. Das Konzept kommt von der Literaturwissenschaftlerin Gayatri Chakravorty Spivak und Ziel ist es, die unvermeidbar essentialistischen Aussagen strategisch und nicht identitär für die Betroffenen von Diskriminierung nutzbar zu machen.²⁵ Dabei muss immer im Bewusstsein bleiben, dass diese auch Homogenisierungs-

gen und Ausschlüsse beinhalten.²⁶ Demnach kann im Antidiskriminierungsbereich die essentialisierende Bezeichnung „die Slawen“ zwar verwendet werden, jedoch nur mit dem strategischen Ziel, für die Betroffenen vom Antislawismus nützlich zu sein.

Historische Kontinuität

Der Antislawismus ist kein neues Phänomen, sondern eine gesellschaftlich tiefverankerte Diskriminierungsform, dessen Ursprünge weit zurück in die Geschichte reichen.²⁷ Für die gegenwärtige Auseinandersetzung mit dem Antislawismus ist die Betrachtung seiner Entstehung und Entwicklung von großer Bedeutung, denn sie macht erstens die Antislawismus-Analyse greifbarer und zweitens die lange historische Kontinuität dieser Diskriminierungsform sichtbar.

Bereits frühmittelalterliche Quellen belegen die Feindseligkeit der Bürger*innen des Byzantinischen Reichs gegenüber slawischsprachigen Stämmen. Diese wurden entweder assimiliert oder gen Osten verdrängt. Zu dieser Zeit entstanden die ersten negativen Zuschreibungen gegenüber diesen Menschenverbänden, wie vermeintlich mangelnde Wehrhaftigkeit, Passivität, ausgeprägte Brutalität oder Barbarei. Vom Antislawismus als ideologische Kategorie lässt sich jedoch erst seit dem Beginn des 18. Jahrhunderts sprechen. Das imaginierte „Slawentum“ wurde von vielen deutschen Gelehrten und Politiker*innen zum rückständigen Gegenpol des vermeintlich überlegenen, zivilisierten und aufgeklärten Westens proklamiert. Ab Mitte des 19. Jahrhunderts wurde es zur Projektionsfläche rassistischer und kulturalistischer Ressentiments, die sich vor allem in der Annahme der „kulturellen Rückständigkeit“ manifestierte. So ging beispielsweise der deutsche Literaturhistoriker August Schlegel davon aus, dass „die

²² vgl. Mühle, 2017

²³ vgl. Skordos, 2014

²⁴ vgl. Mühle, 2017

²⁵ vgl. Spivak, 2008

²⁶ vgl. Bringmann, o.D.

²⁷ vgl. Vlahek, 2022

Slawen“ für die Sklaverei bestimmt seien.²⁸ Der deutsche Philosoph Georg Wilhelm Friedrich Hegel wertete „die Slawen“ als „kultur- und geschichtslos“ ab.²⁹ Sogar Friedrich Engels befand, dass jede deutsche Eroberung slawischer Gebiete „im Interesse der Zivilisation“ sei und dass die Deutschen im Osten „die Träger des Fortschritts“ seien, wohingegen „die Slawen“ als „Völkerabfall“ nur „den barbarischen Osten“ repräsentierten.³⁰

Mit dem aufstrebenden Antibolschewismus³¹ im Zuge der Gründung der Sowjetunion und insbesondere der Machtergreifung der Nationalsozialist*innen 1933, radikalisierten sich die antislawistischen Tendenzen. Die kulturalistischen Annahmen wurden durch rassistische abgelöst, wodurch der sog. deutschnationale Antislawismus von einem nationalsozialistischen abgelöst wurde. Dabei bedienen sich die Nationalsozialist*innen pseudowissenschaftlicher und rassistischer Theorien, der „Rassenlehre“, und stellten diese als wissenschaftliche Tatsache dar. Zwar ordneten sie die „Slaw*innen“ nicht einer bestimmten, vermeintlich existierenden „Rasse“ im Sinne der NS-Ideologie zu, stilisierten jedoch ein stereotypes Bild von „slawischen Untermenschen“.³² Die Behandlung von unterschiedlichen „slawischen Völkern“ war in der NS-Ideologie eher strategischem Pragmatismus unterworfen. Während im 2. Weltkrieg beispielsweise Pol*innen, Ukrainer*innen, Belarus*innen oder Russ*innen ermordet, vertrieben oder versklavt werden sollten, koozialierte das Dritte Reich mit Bulgarien, der Slowakei oder dem Unabhängigen Staat Kroatien. Dabei handelte es sich jedoch keinesfalls um ein militärisches Bündnis auf Augenhöhe, sondern um ein klares Machtgefälle, bei dem die Nationalsozialist*innen die Oberhand hatten. Im Jahr 1940, kurz nach dem Überfall der Wehrmacht auf Polen, traten die sogenannten „Polen-Erlasse“ in Kraft, die Kriegsgefangene und Zwangsarbeiter*innen aus

Polen diskriminierenden Vorschriften unterwarfen, die auf rassistisch begründeten Vorstellungen von der Minderwertigkeit der Pol*innen fußten.³³ Zwei Jahre später wurden nach dem Vorbild der „Polen-Erlasse“ ähnliche Vorschriften für die sog. „Ostarbeiter“ – verschleppte Zwangsarbeiter*innen und Kriegsgefangene aus der Sowjetunion – erlassen, die noch schärfere diskriminierende Bestimmungen beinhalteten.³⁴ Das sog. „Unternehmen Barbarossa“, welches die NS-Truppen mit dem Überfall auf die Sowjetunion einleitete, stellte den Höhepunkt des nationalsozialistischen Antislawismus dar. Das Ziel dieses „Unternehmens“ war ein Vernichtungs-, Eroberungs-, und Kolonialisierungskrieg gegen die „slawischen Untermenschen“ und die Bekämpfung der „jüdisch-bolschewistischen Gefahr“.³⁵ In Folge von unzähligen Kriegsverbrechen wurden Millionen Menschen in Osteuropa ermordet, verschleppt oder ausgebeutet. Dabei unterlagen vor allem die Kriegsgefangenen der vernichtenden antislawistischen Ideologie, was an ihrer Sterberate in der deutschen Kriegsgefangenschaft abzulesen ist. Während die Todesrate bei den britischen und US-amerikanischen Soldat*innen in der deutschen Kriegsgefangenschaft bei etwa 3,5% lag, lag sie bei den sowjetischen Kriegsgefangenen bei über 57%.³⁶ Demnach kamen von 5,7 Mio. sowjetischen Kriegsgefangenen etwa 3,3 Millionen Menschen ums Leben. Diese Tatsache ist eindeutig eine Folge der antislawistischen Ideologie. So stellt ein Zitat aus den „Mitteilungen für die Truppe“, die vom Oberkommando der Wehrmacht herausgegeben wurden, ein gutes Beispiel dafür dar:

„Es geht darum, das rote Untermenschentum, welches in den Moskauer Machthabern verkörpert ist, auszulöschen. Das deutsche Volk steht vor der größten Aufgabe seiner Geschichte. Die Welt wird erleben, dass diese Aufgabe restlos gelöst wird.“³⁷

²⁸ vgl. Wippermann, 1999, S. 513

²⁹ ebd.

³⁰ ebd., S. 515

³¹ Im Antibolschewismus verbanden die Nationalsozialist*innen ihre antisemitischen und antislawistischen Ideologien, vgl. hierzu Weger/Salzborn, 2009

³² Vlahek, 2002

³³ vgl. Woniak, 2020

³⁴ vgl. Memorial Moskau/Heinrich-Böll-Stiftung, 2019 & Panagiotidis/Petersen, 2022

³⁵ vgl. Terkessidis, 2021

³⁶ vgl. Streit, 1996

³⁷ Wette, 1996, S. 63

Auch weitere Beispiele deuten darauf hin, dass die deutschen Truppen im Osten vom Antislawismus stark beeinflusst waren. So ließ die Wehrmacht die sowjetische Stadt Leningrad zwischen 1941 und 1944 durch eine „Blockade“ aushungern. Zirka eine Million Menschen verstarben dabei an Hunger, Seuchen und Erfrierungen. Nach dem sog. „Kommissarbefehl“ – eines der bekanntesten Kriegsverbrechen der Wehrmacht – wurde es den Soldat*innen erlaubt, die Politkommissare der Roten Armee nicht als Kriegsgefangene zu behandeln, sondern an Ort und Stelle zu erschießen.³⁸ Ähnlich soll es auch vielen Partisan*innen ergangen sein, die zumeist in den sog. „Vergeltungsaktionen“ anlasslos exekutiert wurden.

Nicht nur die Beteiligten am Kriegsgeschehen unterlagen den grausamen Verbrechen der Wehrmacht sowie anderen NS-Truppen im zweiten Weltkrieg, auch die Zivilbevölkerung war stark von Kriegsverbrechen betroffen. So waren es um die 14 Millionen in Massenmorden getöteten Zivilist*innen im Gebiet der Sowjetunion und etwa über fünf Millionen in Polen.³⁹ Tausende Dörfer wurden auf dem sowjetischen Territorium niedergebrannt. Vergewaltigungen, Demütigungen und Vergeltungsaktionen gehörten zum Alltag der zivilen Bevölkerung in den besetzten Gebieten.⁴⁰

Aus vielen Gründen wurde der Antislawismus im Nachkriegsdeutschland kaum thematisiert. Ganz im Gegenteil – er wurde durch anti-kommunistische Propaganda weiter (re-)produziert und erschien meist in subtileren Formen. Zahlreiche Stereotype und Vorurteile wirkten während des „Kalten Krieges“ auf verschiedenen Ebenen fort. So wurden beispielsweise die verschleppten Zwangsarbeiter*innen bis in die 60-er Jahre nicht eingebürgert, mit dem Vorwand, sie besäßen „ausgesprochen typisch slawische Gesichtszüge“ – ein Argument, welches auch seitens des NS-Regimes im Laufe von „Germanisierungspro-

zessen“ in den besetzten Gebieten im Osten Europas häufig herangezogen wurde.⁴¹ Die Kriegsverbrechen wurden juristisch nur geringfügig verfolgt und kaum aufgearbeitet. Die Gedenk- und Erinnerungskultur an die Opfer des Vernichtungskrieges im Osten Europas war kaum vorhanden – und ist es bis heute nicht.

Unterdrückung

In der vorliegenden Definition wird der Begriff der „Unterdrückung“ herangezogen, um die Charakteristik des Antislawismus als Diskriminierungsform zu beschreiben.⁴² Der Begriff wird an die Gerechtigkeitskonzeption der US-amerikanischen Politikwissenschaftlerin Iris Marion Young angelehnt. Sie teilt die Unterdrückung in fünf ineinandergreifende und zusammenwirkende Kategorien auf: Ausbeutung, Marginalisierung, Machtlosigkeit, Kulturimperialismus und Gewalt.

Young beschreibt die Ausbeutung als strukturelle Relation zwischen den sozialen Gruppen:

„Die Ungerechtigkeit der Ausbeutung offenbart sich in jenen sozialen Prozessen, die eine Energieübertragung von einer Gruppe auf die andere bewirken und somit eine ungleiche Verteilung zur Folge haben, und in der Art, in der gesellschaftliche Institutionen es einigen wenigen ermöglichen, Reichtum anzuhäufen, während sie viele andere unter Zwang halten.“⁴³

So legen beispielsweise die schlechten Arbeitsbedingungen der ost- und südosteuropäischen Arbeiter*innen in der Saisonarbeit⁴⁴, in der Pflege⁴⁵ oder in der Fleischindustrie⁴⁶ ausbeuterische Tendenzen nahe. Unter Marginalisierung versteht Young den Ausschluss einer ganzen Kategorie von Menschen von der Partizipation am sozialen Leben, der zu materieller sowie sozialer Deprivation führen kann.⁴⁷ So haben diskriminierende Strukturen und Ausbeutung von Arbeit zusam-

³⁸ vgl. Streit, 1996

³⁹ vgl. Arndt, 2021

⁴⁰ Weitere Beispiele für den Massenmord an Pol*innen sind die sog. „Intelligenzaktion“ 1939 sowie die Zwangsgermanisierung polnischer Kinder.

⁴¹ vgl. Terkessidis, 2021

⁴² An dieser Stelle ist es wichtig zu erwähnen, dass es sich bei dem Begriff der Unterdrückung nicht um eine Unterdrückung von „oben“ nach „unten“ handelt, sondern vielmehr um eine Übersetzung des Begriffs „Oppression“ aus dem Englischen. Die Kritik von G. Perko an dem herkömmlichen Verständnis des Begriffs der Unterdrückung erscheint an dieser Stelle zutreffend. Siehe Perko, 2017

⁴³ Young, 2018. S. 428 ff.

⁴⁴ vgl. Petrosyan, 2022

⁴⁵ vgl. Rauschenberger/Szymanowski, 2021

⁴⁶ vgl. MDR, 2018

⁴⁷ vgl. Young, 2018

men mit Diskriminierung auf Wohnungs- und Arbeitsmarkt beispielsweise zur Folge, dass ein Großteil der Berliner Obdachlosen aus (Süd-) Osteuropa kommen.⁴⁸ Machtlos sind nach Young diejenigen, über die insbesondere im Arbeitskontext Macht ausgeübt wird und die nie selbst Macht ausüben. Sie charakterisiert den Status der Machtlosigkeit folgendermaßen: „Die Machtlosen haben nicht die Autorität, den Status und das Selbstbewusstsein, das Angehörige der höheren Berufsklassen meistens haben.“⁴⁹ Diese Unterdrückungsform trifft auch auf osteuropäische Migrant*innen, die in Deutschland in der Pflege, Reinigung, auf Baustellen, der Saisonarbeit, in der Fleischindustrie und zahlreichen weiteren Feldern des Niedriglohnssektors tätig sind. Kulturimperialismus bedeutet nach Young, dass „Erfahrungen und die Kultur der herrschenden Gruppe universalisiert und zur Norm gemacht werden.“ Während Ausbeutung, Marginalisierung und Machtlosigkeit sich auf die Macht- und Unterdrückungsverhältnisse beziehen, die aufgrund von gesellschaftlicher Ordnung von Arbeit auftreten und sich insbesondere auf institutionelle Beziehungen der Menschen richten, bezieht sich der Kulturimperialismus auf die Stereotypisierung, Unsichtbar- und Andersmachung der Betroffenen.⁵⁰

Die kulturell Beherrschten erfahren dabei eine widersprüchliche Art der Unterdrückung, indem sie einerseits stereotypisiert und andererseits unsichtbar gemacht werden.

„Menschen, die dem Kulturimperialismus ausgesetzt sind, erfahren sich selbst von außen definiert und internalisieren zu einem gewissen Grad die minderwertigen und stereotypen Bilder der herrschenden Kultur, da sie gezwungen sind, auf die Verhaltensweisen von denen zu reagieren, die von diesen Bildern beeinflusst sind.“⁵¹

So stellt beispielsweise ein übermäßiger Wodkakonsum für viele Einwander*innen aus Polen oder Russland einerseits ein lästiges

Stereotyp dar, andererseits ist es Teil der internalisierten Selbstwahrnehmung als vermeintlich passionierte Wodkatrinker*innen. Gewalt liegt laut Young dann vor, wenn Mitglieder einiger Gruppen mit dem Wissen leben, dass sie willkürliche und unprovokierte Angriffe auf ihre Person oder ihr Eigentum fürchten müssen, die kein anderes Motiv hat, als ihnen Schaden zuzufügen, sie zu erniedrigen oder sie zu zerstören.⁵² Ein prominentes Beispiel für eine solche Gewalttat ist der Übergriff auf Kajrat Batesov, einen 24-jährigen Spätaussiedler, der im Jahr 2002 in Wittstock von einem rechtsgesinnten Heranwachsenden mit einem 18 kg schweren Stein tödlich verletzt wurde. Während der Gewalthandlung rief der Täter: „Bleib endlich liegen, du scheiß Russe!“⁵³

Die verschiedenen Formen von Unterdrückung können nicht getrennt voneinander existieren. Vielmehr verschränken und stabilisieren sie sich gegenseitig. Um die Komplexität des Antislawismus zu verstehen, ist die Analyse der Unterdrückungsformen und ihrer Verbindungen miteinander unentbehrlich.

Intersektionalität und Mehrfachdiskriminierung

Die Auseinandersetzung mit Verschränkungen des Antislawismus mit anderen Diskriminierungsformen hilft, verschiedene Stimmen und Perspektiven der Betroffenen zu berücksichtigen. Dabei verstehen wir unter Intersektionalität ein Mehrperspektivenmodell und eine Strukturanalyse von Diskriminierung, bei denen weder die Diversitätskategorien wie Alter, Sprache, Herkunft, Aussehen, Sexualität u.a. reduziert werden, noch eine Gewichtung unterschiedlicher Diskriminierungsformen erfolgt.⁵⁴ Demnach soll Antislawismus nicht einfach unter dem Begriff Rassismus subsumiert, sondern als eine eigenständige Diskriminierungs-

⁴⁸ vgl. Lübbe, 2017; Focus Online, 2020; MDR, 2020

⁴⁹ Young, 2018, S. 438

⁵⁰ vgl. ebd.

⁵¹ Young, 2018., S. 440

⁵² vgl. ebd.

⁵³ Opferperspektive, 2003

⁵⁴ vgl. Perko, 2017

form sichtbar gemacht und im Verhältnis zu anderen Diskriminierungsformen analysiert werden.

Die intersektionalen Verflechtungen von Antislawismus mit anderen Diskriminierungsformen sind kaum erforscht. Nur vereinzelt beschäftigen sich Wissenschaftler*innen, Aktivist*innen und Publizist*innen mit dieser Thematik.

Beispielsweise benennt Journalistin Anastasia Tikhomirova im Artikel „Ich streichele keine deutschen Egos mehr“ Sexismus gegen osteuropäische Frauen.⁵⁵ Viele Frauen, denen eine osteuropäische Herkunft zugeschrieben wird, sind in Deutschland Sexualisierung und hartnäckigen Vorurteilen, wie besonders ausgeprägte Promiskuität und Verfügbarkeit, Arroganz oder mangelnde Bildung, ausgesetzt.

Der Publizist Max Czollek macht auf die antislawistische Diskriminierung von postsowjetischen Jüdinnen*Juden aufmerksam, weil diese „kein akzentfreies Deutsch sprechen, den ‚falschen‘ Nachnamen für die Wohnungs- oder Jobsuche haben oder einfach nicht auf dieselben Ressourcen zurückgreifen können, die andere Menschen in Deutschland durch ihre Familien und Netzwerke haben.“⁵⁶

Auch Anna Koemets und Janine Dieckmann gehen auf die Einschränkungen des Antislawismus mit Klassismus und Sexismus in der Popkultur ein: „Strukturelle Probleme wie Autokratie, Korruption und Verarmung verkommen zu einer exotisierenden Pointe für den westlichen Humor.“⁵⁷ Sie benennen weiterhin die fatalen Folgen sexistischer Stereotype wie Menschenhandel und sexualisierte Gewalt, mit denen in der jüngsten Zeit nicht nur geflüchtete Frauen aus der Ukraine konfrontiert werden.

Am 25.10.2022 fand eine Tagung zum Thema „Antislawismus aus intersektionaler Perspektive“ in Köln statt, die sich zum Ziel setzte, den Antislawismus nicht isoliert zu betrachten, sondern seine Verflechtungen mit anderen Diskriminie-

rungsformen herauszuarbeiten.⁵⁸ Dabei wurde vor allem die Einschränkung des Antislawismus mit dem Antisemitismus, Rassismus gegen Rom*nja und Sinti*zze, Sexismus oder Klassismus diskutiert. Neben den oben bereits genannten Problematiken wurde die Ausbeutung von Migrant*innen aus (Süd-) Osteuropa in der Saisonarbeit, auf dem Bau, in der Pflege oder Fleischindustrie thematisiert, die durch antislawistische und klassistische Vorurteile oft gerechtfertigt wird. Zusammenfassend kann festgehalten werden, dass die Lebensrealitäten und Diskriminierungserfahrungen der Betroffenen von Antislawismus sich in Abhängigkeit von Zugehörigkeiten zu anderen Gruppen und Kategorien grundlegend unterscheiden können. Deswegen ist es unumgänglich der Analyse intersektionaler Einschränkungen einen besonderen Wert beizumessen, um verschiedene Perspektiven berücksichtigen zu können.

Handlungsoptionen gegen Antislawismus

Von zahlreichen Möglichkeiten, gegen den Antislawismus vorzugehen, wird hier auf die Bündnisarbeit und das Verbündet-Sein verwiesen.⁵⁹ Denn mit Hilfe der Bündnisarbeit können die Betroffenen und ihre Unterstützer*innen an der Erzeugung der gesellschaftlichen Realitäten teilhaben und somit diese, ob als Individuen oder Kollektive, verändern. Unter Bündnis verstehen wir einen Zusammenschluss von Menschen, die ein bestimmtes gemeinsames Ziel erreichen wollen. Beispielsweise hat sich unter dem Begriff „Postost“ eine kritische Masse von Menschen gesammelt, die sich für eine kritische Auseinandersetzung mit Antislawismus einsetzen.

Die Community findet sich in verschiedensten Zusammenschlüssen⁶⁰, Projekten⁶¹ und Formaten,

⁵⁵ vgl. Tikhomirova, 2022

⁵⁶ Czollek, München, 2023. S. 95

⁵⁷ Koemets/Dieckmann, 2022, S. 4

⁵⁸ Kirchhof, 2022

⁵⁹ Verbündet-Sein beschreibt „eine Art der politischen Freundschaft, in der die Anliegen der Anderen die je eigenen Anliegen sind – ohne dabei paternalistisch zu sein“. Czollek et al., 2019, S. 40

⁶⁰ So haben beispielsweise die Autor*innen dieses Beitrages das Zentrum für Antislawismusforschung e.V. mitgegründet, dessen Strukturen sich aktuell im Aufbau befinden.

⁶¹ Das Projekt o[s]tklick, die Initiative Quorum sowie das im Januar 2023 gegründete Zentrum für Antislawismusforschung e.V. beschäftigen sich aktuell mit dem Thema Antislawismus.

wie Podcasts⁶², Workshops⁶³, journalistischen und wissenschaftlichen Artikeln und schafft so eine große Aufmerksamkeit. Dadurch beschäftigen sich nun auch verbündete Aktivist*innen, Bildungsarbeiter*innen, Journalist*innen und Wissenschaftler*innen mit dem Thema. Diese Aktivitäten verschaffen dem Antislawismus viel Sichtbarkeit im deutschen Antirassismus-Diskurs und sorgen für mehr Aufklärung und Sensibilisierung gegenüber dieser Diskriminierungsform. Der Einfluss auf die gesellschaftliche Realität in Deutschland wäre bei Weitem nicht so groß, ohne die Unterstützung durch zahlreiche Verbündete. „Bildet Banden!“ – wir rufen euch hiermit auf, euch an den Bündnissen gegen Antislawismus und andere Diskriminierungsformen zu beteiligen oder diese solidarisch zu unterstützen.

Isa Luzie Brodnjak hat Soziale Arbeit und Kritische Diversity und Community Studies studiert. Sie beschäftigt sich zurzeit insbesondere mit den Themen Antislawismus, Klassismus und kollaborativen Interventionsstrategien.

Sergej Prokopkin ist Jurist und Antidiskriminierungstrainer. Er beschäftigt sich wissenschaftlich & aktivistisch mit den Themen Migration, Antislawismus, Klassismus sowie Antidiskriminierungsrecht, zu denen er auf seinem Instagramkanal @s_prokopkin umfassend aufklärt.

⁶² An dieser Stelle sind insbesondere der X3-Podcast und Postost-Pride-Podcast zu erwähnen.

⁶³ Seit 2021 führt Sergej Prokopkin regelmäßig Social-Justice-Workshops zum Thema Antislawismus durch.

Nachweise

- S. Arndt (2021): Rassismus begreifen, München.
- P. Berger/ T. Luckmann (2003): Die gesellschaftliche Konstruktion der Wirklichkeit, Frankfurt am Main.
- Bringmann (o.D.): „Strategischer Essentialismus“, in: LUXEMBURG Gesellschaftsanalyse und linke Praxis, <https://zeitschrift-luxemburg.de/abc/strategischer-essentialismus/> (abgerufen am 10.01.2023).
- L. C. Czollek/G. Perko/C. Kaszner/M. Czollek (2019): Praxishandbuch Social Justice und Diversity. 2. Auflage, Weinheim.
- A. Gąsior/L. Karl/S. Troebst unter Mitarbeit von W. Helm (2014): Post-Panslavismus. Slavizität, Slavische-Idee und Antislavismus im 20. und 21. Jahrhundert, Göttingen.
- A. Koemets/J. Dieckmann (2022): Antislavismus – Zwischen Popkultur und Diskriminierungsrealitäten, in: IDZ Kurzanalysen, https://www.idz-jena.de/fileadmin/user_upload/Publikationen/Kurzanalyse_Antislavismus_WEB.pdf (abgerufen am 20.02.2023).
- C. Kamphues (2009): Zur Wirkungsmacht der sozialen Konstruktionen von Geschlecht und Ethnizität. Schriftenreihe des Interdisziplinären Zentrums für Bildung und Kommunikation in Migrationsprozessen (IBKM) an der Carl von Ossietzky Universität Oldenburg, Nr. 39, Oldenburg.
- F. Kirchhof (2022): Bericht zur Tagung „Antislavismus aus intersektionaler Perspektive“, Kölnische Gesellschaft für christlich-jüdische Zusammenarbeit e.V., <https://www.koelnische-gesellschaft.de/tagungsbericht/> (zuletzt Abgerufen am 3.02.2023).
- P. Mecheril u.a. (2010): Migrationspädagogik: Online-Materialien, Bachelor, Master, Weinheim/Basel.
- Memorial Moskau/Heinrich-Böll-Stiftung (2019): Für immer gezeichnet: Die Geschichte der »Ostarbeiter« in Briefen, Erinnerungen und Interviews, Berlin.
- E. Mühle (2017): Die Slawen, München.
- J. Panagiotidis/H. C. Petersen (2022): Rassismus gegen Weiße? Für eine Osterweiterung der deutschen Rassismusdebatte, <https://geschichtedergegenwart.ch/rassismus-gegen-weisse-fuer-eine-osterweiterung-der-deutschen-rassismusdebatte/> (abgerufen am 09.01.2023).
- G. Perko (2017): Social Justice im Zeichen von Diversity, Pluralität und Perspektivenvielfalt: Philosophische Grundlagen für eine diskriminierungskritische Soziale Arbeit, in G. Perko (Hrsg.): Philosophie in der sozialen Arbeit. Weinheim, Basel, S. 48-69.
- B. Rommelspacher (2015): Was ist eigentlich Rassismus?, in C. Melter (Hrsg.): Diskriminierungs- und rassismuskritische Soziale Arbeit und Bildung. Praktische Herausforderungen, Rahmungen und Reflexionen. Weinheim, S. 25–38, <http://www.agpolpsy.de/wp-content/uploads/2017/11/Rommelspacher-Was-ist-Rassismus.pdf> (abgerufen am 30.05.2023).
- B. Rommelspacher (2002): Anerkennung und Ausgrenzung: Deutschland als multikulturelle Gesellschaft. Frankfurt am Main/New York.
- E. W. Said (1978): Orientalism, London.
- A. Skordos (2014): Vom „großrussischen Panslavismus“ zum „sowjetischen Slavokommunismus“. In: A. Gąsior/L. Karl/S. Troebst (Hrsg.): Post-Panslavismus. Slavizität, Slavische Idee und Antislavismus im 20. und 21. Jahrhundert. Göttingen, 2014.
- G. C. Spivak (2008): Can the Subaltern Speak? Postkolonialität und subalterne Artikulation, Wien.
- C. Streit (1996): Die sowjetischen Kriegsgefangenen in der Hand der Wehrmacht, in: W. Manoschek (Hrsg.): Die Wehrmacht im Rassenkrieg. Der Vernichtungskrieg hinter der Front. Wien.
- M. Terkessidis (2021): Wessen Erinnerung zählt? Koloniale Vergangenheit und Rassismus heute, Hamburg.
- M. Todorova (1991): Die Erfindung des Balkans Europas bequemes Vorurteil, Darmstadt.

M. Todorova/J. Scheunemann/S. Warnke (2002): Der Balkan als Analyse­kategorie, in: Grenzen, Raum, Zeit, Geschichte und Gesellschaft 28, Nr. 3, S. 470-492.

D. Vlahek (2022): Deutschnationaler und nationalsozialistischer Antislawismus – Kontinuitäten und Paradigmenwechsel eines heterogenen Ressentiments (1884 – 1945), in: Zeitschrift für Ostmitteleuropa-Forschung, Bd. 71 Nr. 1, 2022, S. 1-38, <https://www.zfo-online.de/portal/index.php/zfo/article/view/11068/10994>.

K. Woniak (2020): Deutsch-polnische Feindbilder in der Praxis. Zum gegenseitigen Umgang während der Zwangsarbeit in Berlin, in: M. Spiritova/K. Gehl/K. Roth (Hrsg.): Eigenbilder – Fremdbilder – Identitäten. Wahrnehmungen im östlichen Europa im Wandel, Bielefeld.

T. Weger/S. Salzborn (2009): Antislawismus und Antisemitismus. Politisch-psychologische Reflexionen über das Stereotyp des Ostjuden, in: E. Dmitrów/T. Weger (Hrsg.): Deutschlands östliche Nachbarschaften. Frankfurt am Main.

W. Wette (1996): „Rassenfeind“. Antisemitismus und Antislawismus in der Wehrmachtpropaganda, in: W. Manoschek (Hrsg.): Die Wehrmacht im Rassenkrieg. Der Vernichtungskrieg hinter der Front, Wien.

W. Wippermann (1999): Antislawismus, in: U. Puschmann / W. Schmitz / J. H. Ulbricht (Hrsg.): Handbuch zur „Völkischen Bewegung“ 1871-1918, München, S. 512-524.

M. I. Young (2018): Fünf Formen der Unterdrückung, in: C. Horn/N. Scarano (Hrsg.): Philosophie der Gerechtigkeit, Frankfurt-am-Main.

Internetquellen

Focus Online (2020): Zahl der Obdachlosen steigt Berliner Stadtmission hilft obdachlosen Osteuropäern – und bewegt sie zur Rückkehr, https://www.focus.de/politik/deutschland/zahl-der-armutsfluechtlinge-steigt-berliner-stadtmission-hilft-obdachlosen-osteuropaern-und-bewegt-sie-zur-rueckkehr-in-die-heimat_id_9275587.html (abgerufen am 15.02.2023)

S. Lübbe (2017): Planlos im Park, in: Zeit Online, <https://www.zeit.de/gesellschaft/zeitgeschehen/2017-10/tiergarten-berlin-obdachlose-osteuropa/> (abgerufen am 15.02.2023).

MDR (2018): Ausbeutung in der Fleischindustrie?, <https://www.mdr.de/nachrichten/welt/osteuropa/fleischindustrie-ausbeutung-arbeiter-osteuropa-100.html> (abgerufen am 10.02.2023).

MDR (2020): Weg von der Strasse- Kein Geld für polnische Obdachlose“, <https://www.mdr.de/nachrichten/welt/osteuropa/politik/barka-verliert-finanzierung-polen-berlin-100.html> (abgerufen am 15.02.2023).

Opferperspektive Beratung für Betroffene rechter Gewalt (2003): Der Tod von Kajrat Batesov“, <https://www.opferperspektive.de/aktuelles/der-tod-von-kajrat-batesov> (abgerufen am 22.02.2023).

T. Petrosyan (2022): Ausbeutung von Erntehelferinnen, in: taz, <https://taz.de/Ausbeutung-von-Erntehelferinnen!/5787361/> (abgerufen am 03.02.2023).

P. Rauschenberger/G. Szymanowski (2021): Häusliche Betreuung- Ausbeutung rund um die Uhr, in: Deutschlandfunk Kultur, <https://www.deutschlandfunkkultur.de/haeusliche-betreuung-ausbeutung-rund-um-die-uhr-100.html> (abgerufen am: 03.02.2021).

A. Tikhomirova (2022): Ich streichle keine deutschen Egos, in: Zeit Online, https://www.zeit.de/zett/politik/2022-05/sexismus-osteuropaerin-diskriminierung-deutschland?utm_referrer=https%3A%2F%2Fpadlet.com%2F (abgerufen am 19.02.2023).

Watson (2022): Lanz Auftritt- Wissenschaftlerin erntet heftigen Shitstorm, <https://politik.watson.de/unterhaltung/politik/345903919-lanz-auftritt-wissenschaftlerin-erntet-heftigen-shitstorm-einfach-unfassbar> (abgerufen am 11.02.2022).

Verschwörungsideologie im Zusammenhang mit dem Krieg gegen die Ukraine

von Ulrich Peters

Aus den Protesten gegen die Coronapandemie sind Aktivist*innen hervorgegangen, die unterschiedlich auftretende Krisenerscheinungen nutzen, um die eigene Mobilisierungsfähigkeit aufrecht zu erhalten und die in den letzten Jahren entstandenen Netzwerke auszubauen. Die Verdichtung des zu Beginn noch recht heterogenen Protestgeschehens geht mit einer sukzessiven Radikalisierung der Szene einher, die sich zuletzt immer stärker in öffentlich proklamierten Umsturzphantasien manifestiert.⁰¹ Legitimiert werden diese Fantasien mit einer vermeintlich permanenten Krisen- bzw. Ausnahmesituation: Eine mit dem System assoziierte *herrschende Elite* wird einerseits als unfähig dargestellt, den aufkommenden Krisenerscheinungen zu begegnen. Andererseits wird der vermeintlichen Elite unterstellt, den eigenen Machterhalt mit autoritären Maßnahmen gegen das *Volk* durchzusetzen. Diese als systemimmanent dargestellte Krise könne durch einen Virus, einen Krieg oder gestiegene Lebensmittel- und Energiepreise ausgelöst werden. Die in dieser Darstellung auftauchenden, teilweise auch widersprüchlichen Narrative sind austauschbar und werden größtenteils in bekannte Verschwörungserzählungen integriert.

Der russische Angriffskrieg auf die Ukraine wird durch die deutsch-

sprachige verschwörungsideologische Szene in unterschiedlicher Weise genutzt: Zum einen in Form von anhaltenden Attacken auf demokratische Entscheidungsprozesse und Institutionen, zum anderen als Versuch, eine inhaltliche und organisatorische Anschlussfähigkeit an Teile der Friedensbewegung herzustellen. Neben der Ausbreitung sogenannter alternativer Medien, spielen die personellen Kontinuitäten zu den selbsternannten *Mahnwachen für den Frieden* aus dem Jahre 2014 eine wichtige Rolle.

Desinformationen

Das Center für Monitoring, Analyse und Strategie (ceMAS) hat im Mai 2022 darauf hingewiesen, dass gerade Menschen, die sich über den Messenger-Dienst Telegram informieren, Verschwörungserzählungen im Zusammenhang mit dem Angriffskrieg gegen die Ukraine zustimmen.⁰² Die Forschungsstelle BAG „Gegen Hass im Netz“ stellte dazu ergänzend fest, dass Social Media-Kanäle, die „mit hoher Wahrscheinlichkeit Verbindungen zu russischen Propagandist*innen“⁰³ haben, durch das Teilen entsprechender Beiträge deren Inhalte verbreiten. Diese Strategie wird durch das Nutzungsverhalten von Verschwörungsgläubigen unterstützt, nach dem „vor allem Nachrichten

von bereits populären Akteuren weitergeleitet⁰⁴ werden. Die so in Umlauf gebrachten Verschwörungserzählungen und Falschmeldungen sollen weniger dazu dienen, andere zu überzeugen, als vielmehr „die in Krisenlagen ohnehin große subjektive Unsicherheit in der Bevölkerung zu verstärken, um letztlich das Vertrauen in die Demokratie zugunsten der eigenen Ziele zu erschüttern.“⁰⁵

Russische Politiker*innen, Militärs und Putin selbst sprechen offen über Medien als Waffen in einem Informationskrieg und sehen sich mit modernen „Nachrichtenfabriken“ bestens gewappnet, diesen erfolgreich zu führen. Eine Schlüsselposition, nicht nur mit Blick auf den Krieg gegen die Ukraine, kommt hier den Beiträgen der 2014 gegründeten russischen Propagandaplattform RT Deutsch (später RT DE) zu. Angesichts der Anfang 2014 erfolgten Annexion der zur Ukraine gehörenden Krim, ging es RT DE neben einer Aufbesserung des Ansehens Russlands im Ausland immer auch um die Diskreditierung westlicher Institutionen und Staaten. Diese würden aufgrund ihrer liberalen Demokratie- und Moralvorstellungen immer mehr im Chaos versinken. Das zentrale Motiv der Berichterstattung ist die Aufrechterhaltung eines Narrativs, nachdem Russlands militärisches Vorgehen lediglich die Konsequenz aus den Aggressionen westlicher Staaten

darstellt.⁰⁶ Das Institute for Strategic Dialogue (ISD) weist darauf hin, dass RT DE zuletzt, gerade durch die von Irreführungen und Falschmeldungen geprägte Berichterstattung über die Coronapandemie, „zu einem organischen Bestandteil der Online-Communities von Covid-Skeptiker*innen“ geworden ist und innerhalb dieser Szene als vertrauenswürdige Medium gilt. Neben Telegram sind es besonders über YouTube verbreitete Videos, mit denen ein breites Publikum erreicht werden konnte. So ergab eine Datenerhebung durch das ISD, dass 84 der 100 populärsten YouTube-Videos im Zeitraum von März bis Juli 2021 über 100.000 Aufrufe hatten. Von diesen 100 meistgeschauten Videos enthielten 67 einen Bezug zu Covid-19. Die Untersuchung von 279 deutschsprachigen Telegram-Kanälen aus dem extrem rechten und verschwörungsideologischen Milieu im selben Zeitraum zeigte auf, dass RT DE zu den 10 populärsten Domänen insgesamt bzw. den fünf bekanntesten Nachrichtenseiten gehörte.⁰⁷

Bereits jetzt kursieren zahlreiche Verschwörungserzählungen rund um den Krieg gegen die Ukraine, die in Teilen der Gesellschaft zu verfangen scheinen. Was die meisten davon eint, ist eine pro-russische Positionierung. Nach einer repräsentativen Befragung von ceMAS stimmte jede fünfte Person

⁰¹ vgl. Peters, 2023

⁰² vgl. Heuer/Lamberty/Goedeke Tort, 2023

⁰³ Forschungsstelle BAG „Gegen Hass im Netz“, 2022a

⁰⁴ Ebd.

⁰⁵ Heuer/Holnburger/Lamberty, 2022

⁰⁶ vgl. Peters/Schneider, 2017

⁰⁷ vgl. Smirnova/Winter, 2021

in Deutschland den Behauptungen zu, „die NATO hätte Russland so lange provoziert, dass Russland in den Krieg ziehen musste“ bzw. „Putin würde gegen eine globale Elite vorgehen, die im Hintergrund die Fäden ziehen würde.“ 12 % der Befragten meinen, dass „die Ukraine gemeinsam mit den USA geheime Biolabore zur Herstellung von Bio- waffen betrieben hätte.“ Jede zehnte Person stimmt den Aussagen zu, dass „der Krieg notwendig gewesen sei, um die angeblich faschistische Regierung in der Ukraine zu beseitigen“ und „nur der Ablenkung von der Pandemie dienen würde.“⁰⁸

Doch es sind nicht nur entsprechende Narrative, die von anderen Medien übernommen und verbreitet werden. Immer wieder sind auch personelle Überschneidungen sichtbar. So ist der ehemalige RT DE-Redakteur Florian Warweg seit Juni 2022 im Redaktionsteam der NachDenkSeiten. Warweg selbst war früher für DIE LINKE in Berlin-Neukölln aktiv und Autor des Nachrichtenportals Amerika 21.⁰⁹ Der Blog NachDenkSeiten wurde Ende 2003 von Albrecht Müller und Wolfgang Lieb gegründet. Beide kannten sich aus ihrer Zeit bei der SPD. Müller war im Bereich Öffentlichkeitsarbeit des SPD-Parteivorstandes tätig und bis 1982 Mitarbeiter im Kanzleramt. Von 1987 bis 1994 saß er für die SPD im Bundestag. Dem Monitoring-Projekt Gegenanalyse zufolge handelt es sich bei den NachDenkSeiten mittlerweile „um ein stark ideologisiertes, undifferenziert argumentierendes, radikale Widerständigkeit postulierendes und als Scharnier für verschwörungstheoretisches Denken fungierendes Medium.“¹⁰ Insbesondere RT DE ist als vom russischen Staat finanzierte Plattform zunehmend von Sanktionen und Verboten betroffen. Insofern ist die Etablierung weiterer verschwörungsideologischer Medienformate von großer Relevanz zur Verbreitung entsprechender Narrative.

Mahnwachen für den Frieden

Im Gegensatz zu anderen politischen Akteur*innen zeichnet sich die verschwörungsideologische Szene durch eine personelle wie auch ideologische Offenheit aus. Gerade seit dem russischen Angriffskrieg auf die ganze Ukraine im Februar 2022 kursierten dementsprechend noch eine Vielzahl von Perspektiven und Erklärungsversuchen, weshalb sich vorerst nicht auf eine gemeinsame Positionierung geeinigt werden konnte. Nach einer kurzen Orientierungsphase wurde eine deutlich pro-russische Perspektive sichtbar. Diese Entwicklung liegt u.a. darin begründet, dass gerade die reichweitenstarken Stichwortgeber*innen und Protestakteur*innen der Szene schon 2014 bei den *Mahnwachen für den Frieden* aktiv waren und schnell dazu übergingen, altbekannte *Friedenspositionen* in die Pandemieleugner*innenszene zu tragen.

Vor dem Hintergrund des eskalierenden Krieges gegen die Ukraine fanden seit März 2014 in über 90 Orten jeden Montag Kundgebungen statt, die zeitweise von einigen tausend Teilnehmenden besucht wurden. Diese *Mahnwachen* waren der Versuch, mit einer „neuen Friedensbewegung“ an die Öffentlichkeit zu treten. Die Bewegung stützte sich von Beginn an auf Verschwörungserzählungen und gemeinsam geteilte Feindbilder, wozu insbesondere die USA, die NATO sowie die etablierten Medien gezählt wurden. Das öffentliche Bild der Versammlungen war geprägt von Verschwörungsgläubigen, Reichsideolog*innen¹¹, Anhänger*innen der Esoterikszenen, aber auch durch Aktivist*innen der alten Friedensbewegung der 1980er Jahre. Auf den Kundgebungen selbst wurde immer wieder behauptet, sich „weder dem rechten, noch dem linken politischen Lager zugehörig zu fühlen“, handele es sich dabei doch lediglich um „ein spaltendes Herrschaftsinstrument gesellschaftlicher Eliten.“¹² Eben

⁰⁸ Heuer/Holnburger/Lamberty, 2022

⁰⁹ vgl. Simon, 2021

¹⁰ Linden, 2021

¹¹ Jan Rathje z.B. verwendet den Begriff „Reichsideologie“ um auf das geschlossene Weltbild dieser Personen hinzuweisen, vgl. Rathje, 2014

¹² Steinitz/Tell, 2015

jene vor sich hergetragene vermeintliche Ideologiefreiheit findet sich auch bei den jüngsten verschwörungsideologischen Protesten wieder und dient erneut dazu, jegliche berechtigte Kritik an den vermittelten Inhalten oder einzelnen Teilnehmenden als gezielte Diffamierung abzutun.

Der Verschwörungsideologe und ehemalige RBB-Moderator Kayvan Soufi-Siavash („Ken Jepsen“) war als Redner auf den *Montagsmahnwachen* ebenso anzutreffen wie sechs Jahre später als Stichwortgeber der Coronaproteste. In beiden Protestbewegungen musste er seine Ansichten nicht verheimlichen. Behauptete Soufi-Siavash 2014, die „Zionisten kontrollierten die Vereinten Nationen, den Internationalen Währungsfond und die UN-Atomenergiebehörde“¹³, wurden die jeweiligen Verschwörungserzählungen an aktuelle Krisenerscheinungen angepasst. Auf einer Anti-Corona-Kundgebung im März 2022 in Bautzen verweist er in seiner Rede darauf, dass die Ukraine Bio-Waffen-Labore betreibe.¹⁴ Hiermit greift er auf die vom Beginn der Corona-Pandemie an kursierende Verschwörungserzählung zurück, nach der das Sars-Cov-2-Virus künstlich hergestellt und gezielt verbreitet worden sei, um bestimmte Bevölkerungsgruppen auszulöschen. Als zentrales wie verbindendes Narrativ bleibt die Vorstellung einflussreicher Eliten, die im Geheimen ihren Plänen zur Errichtung einer „New World Order“ auf Kosten der Bevölkerung nachgehen.

Das extrem rechte COMPACT-Magazin um Jürgen Elsässer ist seit Jahren als Unterstützerin der Politik Putins bekannt. Die inhaltliche Kontinuität wurde zuletzt bei einer durch Elsässer organisierten und sowohl von extrem rechten als auch verschwörungsideologischen Akteur*innen besuchten Demonstration im November 2022 in Leipzig deutlich. Unter dem Titel „Ami go home“ fanden sich die zentralen

Themen der *Mahnwachen* unverändert wieder. Im Kern geht es um „die nationalistische Umdeutung der sozialen Frage, antisemitische und antiamerikanische Motive, die häufig eine Ablehnung ‚des Westens‘ ausdrücken und damit etwa ein romantisch-mythisches Russlandbild verknüpfen.“¹⁵

Die entsprechenden inhaltlichen und personellen Verbindungen zu den *Mahnwachen* lassen sich ebenso in Hamburg finden. Im September 2022 traf sich die AG Frieden der rechtsextremen und verschwörungsideologischen Partei Die Basis zu einer selbsternannten *Friedenskonferenz*. Als Referent*innen waren u.a. die beiden Herausgeber*innen des Blogs Neue Rheinische Zeitung und Parteimitglieder Anneliese Fikentscher und Andreas Neumann anwesend. Beide bedienten sich in ihrem Vortrag einer verschwörungsideologischen Argumentationsstruktur, um die ausbleibenden Mobilisierungserfolge der „Friedensbewegung“ zu erklären:

„So ein ungemein wirkungsvolles Mittel wie die Kündigung des Truppenstationierungsvertrags müsste doch längst begierig von der Friedensbewegung aufgegriffen sein. Und das P(l)andemie-Geschehen müsste doch längst kritisch hinterfragt sein. Die Antwort ist ganz einfach. Das Imperium hat daran kein Interesse. [...] Aus Sicht des Imperiums gilt es auch, linke Medien zu unterwandern. Wenn dann Medien mit typisch linken Attributen das Geschäft der Herrschenden betreiben – wie bei den Attacken gegen die ‚Neue Friedensbewegung‘ von 2014 oder jetzt aktuell gegen die Grundrechte-Bewegung –, dann ist das besonders heimtückisch und damit leider zu wirkungsvoll. Die Wächter des Imperiums – oft auch als Tiefer Staat bezeichnet – sind uns sehr nah. Sie durchsetzen fast das gesamte öffentliche Leben. Wir finden sie in Parteien, Medien, NGOs und anderen Organisationen.“¹⁶

¹³ Leber, 2021

¹⁴ vgl. Livshits, 2022

¹⁵ Keil, 2022

¹⁶ Dokumentiert auf dem verschwörungsideologischen Blog „Neue Rheinische Zeitung“

Das „Unterwandern“ von Medien und weiten Teilen der Gesellschaft ist ein gängiges Motiv Verschwörungsgläubiger und vermeintlicher Antrieb, alles zu hinterfragen. Dass mit Hermann Ploppa (Demokratischer Widerstand)¹⁷ und Felix Feistel (Rubikon)¹⁸ zwei weitere Vertreter von „alternativen Medien“ an der Auftaktdiskussion teilnahmen, unterstreicht die Wichtigkeit eigener Medienformate. Moderiert wurde dieses Podium von Katrin McClean, der Pressesprecherin des Hamburger Landesverbandes von Die Basis und ebenfalls aktiv in der AG Frieden. Bekannt geworden ist sie 2014 u. a. als führende Aktivistin der Mahnwache Hamburg. In dieser Funktion koordinierte sie z.B. eine Demonstration gegen die von ihr als einseitig wahrgenommene „antirussische“ Berichterstattung des Magazins Der Spiegel. Gemeinsam mit Jürgen Elsässer trat McClean 2015 bei einer Kundgebung der antisemitischen Bewegung Endgame in Berlin auf. Endgame positionierte sich schon damals „auf Seiten des ‚Führers‘ und ‚Soldaten des Volkes‘ Putin im Kampf gegen, das Imperium der jüdischen Lobby‘ bzw. ‚USrael‘, als die angeblich von einer ‚Pädo-kabbalistischen Kindesmord-Kaste‘ regierten USA.“¹⁹ Diese offen antisemitischen und antiamerikanischen Positionen gehörten von Beginn an zu den *Mahnwachen* und sind bis heute abrufbar.²⁰ So ist in einem Text der AG Frieden der Partei Die Basis von einer „jahrzehntelangen ökonomischen und kulturellen Einflussnahme des US-Imperiums auf die Regierungspolitik in Deutschland und in der EU“²¹ die Rede. Als Lösung käme es nun darauf an, „unsere Souveränitätsrechte wieder zurückzuholen und uns für eine europäische Konföderation souveräner Nationalstaaten im Europa der 47 (Russland eingeschlossen) einzusetzen.“²²

In Hamburg finden die *Mahnwachen für den Frieden* seit 2014 weiterhin jeden Montag statt. Mit Beginn der Corona-Pandemie haben sich erst-

mals neue Themen und Mobilisierungspotentiale gefunden. Als langjährige Aktivistin vertreten ist dort Ilona Dittmar, die stellvertretende Bundesvorsitzende der rechten Kleinstpartei Deutsche Mitte. Dittmar nimmt seit Jahren eine zentrale Position in der Organisation verschwörungsideologischer Aktivitäten ein. Im Zuge der Coronaproteste kam es bundesweit mehrfach zu sogenannten Schweigemärschen, die in Hamburg u.a. von Dittmar unter Beteiligung selbsternannter *Friedensfahrzeuge* organisiert wurden. Zuletzt erschien sie 2022 mit diesen Fahrzeugen auf mehreren vom Hamburger Forum organisierten Demonstrationen. Bei den *Friedensfahrzeugen* handelt es sich um ein Projekt von Christian und Silke Volgmann. Beide sind im Zuge der Corona-Pandemie als Organisator*innen bundesweiter Mobilisierungen (Schweigemärsche, Pfingsten in Berlin) aufgefallen und kommen selbst aus der verschwörungsideologischen Szene. Silke Volgmann begann 2015 bei den *Mahnwachen* in Köln aktiv zu werden und beteiligte sich anschließend an einer Vielzahl verschwörungsideologischer und pro-russischer Initiativen wie Free21, Druschba-Global und Friedensbrücke Kriegsofferhilfe.

Verschwörungsideologische Projektionsfläche

Insbesondere zu Beginn des Krieges ging es der Pandemieeugner*innenszene darum, vermeintliche Nebenschauplätze in den Debatten zu unterbinden und den Fokus der Szene weiterhin auf das einigende Thema der Coronapandemie zu legen. Eine Aktivistin aus Berlin fragt sich in einem Telegramkanal wenige Stunden nach dem russischen Angriff:

¹⁷ Der Demokratische Widerstand ist das Organ der „Kommunikationsstelle Demokratischer Widerstand“ und erscheint wöchentlich. Herausgeber sind u.a. Anselm Lenz und Hendrik Sodentamp, beide waren 2020 an den „Hygienedemos“ in Berlin beteiligt. Das Blatt erscheint auf der Webseite und wird bei verschwörungsideologischen Protesten verteilt.

¹⁸ Rubikon ist eine 2017 gegründete verschwörungsideologische Plattform.

¹⁹ Friedendemo-Watch, Facebook-Post vom 12.12.2015

²⁰ Blog emanzipation statt querfront, 2015

²¹ Es handelt sich hier um den Beitrag „Deutschland ist souverän ... seine Regierung offenbar nicht“, der AG Frieden der Partei Die Basis. Erschienen ist dieser Text am 6.12.2022 auf der Homepage der Partei. Auf eine Verlinkung möchten wir an dieser Stelle verzichten.

²² Ebd.

„Ist es nicht seltsam, das genau jetzt Krieg ausbricht und alle nun deswegen Panik schieben?... Eine Panik löst die andere ab... oder wie? Ich will nicht verharmlosen. Doch auf mich wirkt es so, als würde man uns Absichtlich ablenken und so können sie so wie mit allem, ihre Gesetze beschließen und durch ziehen und keiner kriegst mit da alle mit drauf zu schauen was da Krieg geschieht. Und keiner mehr darauf achtet, das wir im Herbst ne Impfpflicht haben werden... Ich finde das alles ziemlich seltsam. Und auch dieses framing gegen Putin, lässt mich zweifeln.“ (sic!)

Die Auseinandersetzung mit der Coronapandemie und ihren Nachwirkungen ist zwar das weiterhin verbindende Thema innerhalb der verschwörungsideologischen Szene, doch hat die Mobilisierungs- und Anschlussfähigkeit an breite Teile der Gesellschaft über die Zeit nachgelassen. Die Thematisierung des Krieges in der Ukraine soll dazu beitragen, diese erneut anzukurbeln. Tatsächlich ist aktuell in erster Linie eine Zusammenarbeit mit Teilen der bisher ebenfalls wenig mobilisierungsstarken Friedensbewegung zu verzeichnen. Es ist jedoch nicht ausgeschlossen, dass gerade die wirtschaftlichen und sozialen Folgen des Krieges neue Mobilisierungserfolge mit sich bringen könnten. Denn „anders als klassische Wirtschaftskrisen, die den Widersprüchen des Marktes entspringen, bietet der Konnex zum Ukraine-Krieg eine Projektionsfläche“²³, die sich wesentlich leichter in eine extrem rechte und verschwörungsideologische Argumentationsstruktur einfügen lässt. Schon während der Corona-Pande-

mie war es eine erprobte Strategie, gesellschaftspolitische Problem-lagen durch eine personalisierte Feindbildmarkierung als vermeintlich geheime Machenschaften einflussreicher Eliten darzustellen und sie somit in ihrer Komplexität zu reduzieren. Diese Annahme ist verbunden mit einer dystopischen und apokalyptischen Darstellung der gesellschaftlichen Situation sowie einer beständigen Unterteilung der Welt in Gut und Böse, die keinerlei Raum für vielfältige bzw. widersprüchliche Interpretationen mehr lässt.

Die Anschlussfähigkeit der Mahnwachenbewegung an die Proteste der Pandemieugner*innen lässt sich also auf mehrere Punkte zurückführen. Als erfahrene Organisator*innen können sie auf eine eingespielte Protestchoreografie zurückgreifen und niedrigschwellige Angebote zur Teilnahme unterbreiten. Hinzu kommen gemeinsam geteilte verschwörungsideologisch motivierte Narrative, die seit Jahren gepflegt wurden und Schnittmengen zur Pandemieugner*innenszene aufzeigen. Im Zuge der Corona-Pandemie ist ein mobilisierbares Potential von Verschwörungsgläubigen sichtbar geworden, das sich in den Krisen der vergangenen Jahre kontinuierlich aufgebaut hat. Es ist in der Lage, sich immer wieder neu zusammenzusetzen und dabei auf alte Netzwerke zurückzugreifen, wie am Beispiel der aktuellen *Friedensproteste* deutlich wird.

Ulrich Peters lebt und arbeitet als freier Journalist in Berlin. Er ist aktiv im Redaktionskollektiv des Antifaschistischen Infoblatt.

²³ Forschungsstelle BAG „Gegen Hass im Netz“, 2022b

Nachweise

M. Linden (2021): Vom Aufklärungs- zum Querfront-Medium? Die Nachdenkseiten als Träger von Ideologie, Scharnier für Verschwörungstheorien und Agenda-Setzer der radikalen Systemopposition, <https://gegneranalyse.de/fallstudie-1-nachdenkseiten/> (abgerufen am 25.05.2023).

U. Peters (2023): Rechte Umsturzfantasien, in: antifa Magazin der VVN-BDA für antifaschistische Politik und Kultur, <https://antifa.vvn-bda.de/2023/01/07/rechte-umsturzfantasien/> (abgerufen am 24.05.2023).

A. Heuer/P. Lamberty/M. Goedeke Tort (2022): Von der Krise zum Krieg. Verschwörungserzählungen über den Angriffskrieg gegen die Ukraine in der Gesellschaft, CeMAS, https://cemas.io/publikationen/von-der-krise-zum-krieg-verschwoerungserzaehlungen-ueber-den-angriffskrieg-gegen-die-ukraine-in-der-gesellschaft/2022_05_CeMAS_ResearchPaper_Verschwoerungserzaehlungen_Ukraine.pdf (abgerufen am 11.05.2023).

Emanzipation Statt Querfront (2017): AGORA Hamburg – Marktplatz für den Frieden?, <https://emanzipationstattquerfront.files.wordpress.com/2015/04/agora-hamburg-blogversion1.pdf> (abgerufen am 25.05.2023).

Forschungsstelle BAG „Gegen Hass im Netz“ (2022a): Sommer 2022. Wo bitte geht's zur nächsten Krise?, <https://machine-vs-rage.bag-gegen-hass.net/sommer-2022-wo-bitte-gehts-zur-naechsten-krise/> (abgerufen am 24.05.2023).

Forschungsstelle BAG „Gegen Hass im Netz“ (2022b): Vom Volkstod zum Blackout? Rechtsextreme Bedrohungsnarrative im Wandel, <https://machine-vs-rage.bag-gegen-hass.net/vom-volkstod-zum-blackout/> (abgerufen am 24.05.2023).

Friedensdemo-Watch, Facebook-Post vom 12.12.2015, <https://de-de.facebook.com/friedensdemo-watch/posts/etablierte-linke-besucht-heute-offen-antisemitische-demokathrin-dorn-alias-katri/941981315856125/> (abgerufen am 25.05.2023).

A. Heuer/J. Holnburger/P. Lamberty (2022): Belastungsprobe für die Demokratie: Pro-russische Verschwörungserzählungen und Glaube an Desinformation in der Gesellschaft, CeMAS, https://cemas.io/publikationen/belastungsprobe-fuer-die-demokratie/2022-11-02_ResearchPaperUkraineKrieg.pdf (abgerufen am 11.05.2023).

D. Keil (2022): Weder rechts noch links. Querfront im Wutwinter? Um die neuen Proteste von Querdenken und Heißem Herbst zu verstehen, muss man bis ins Jahr 2001 zurückblicken, in: Neues Deutschland, <https://www.nd-aktuell.de/artikel/1169403.querfront-und-sozialproteste-weder-rechts-noch-links.html> (abgerufen am 25.05.2023).

S. Leber (2021): Biografien von Verschwörungsideologen: Erst „Friedensaktivist“, jetzt Corona-Verharmloser, in: Tagesspiegel, <https://www.tagesspiegel.de/gesellschaft/erst-friedensaktivist-jetzt-corona-verharmloser-5394139.html> (abgerufen am 25.05.2023).

A. Livshits (2022): Wieso „Querdenken“ zu Putin hält, in: Belltower News, <https://www.belltower.news/krieg-gegen-die-ukraine-wieso-querdenken-zu-putin-haelt-129531/> (abgerufen am 25.05.2023).

U. Peters/T. Schneider (2021): Infokrieg für Russland, in: analyse&kritik, <https://www.akweb.de/politik/infokrieg-fuer-russland/> (abgerufen am 24.05.2023).

J. Rathje (2014): »Wir sind Wieder da« Die »Reichsbürger«: Überzeugungen, Gefahren und Handlungsstrategien, Amadeu-Antonio-Stiftung, https://www.amadeu-antonio-stiftung.de/w/files/pdfs/reichsbuerger_web.pdf (abgerufen am 23.05.2023)

P. Simon (2021): Propaganda, aber subversiv, in: Jungle World, 2021, <https://jungle.world/artikel/2021/27/propaganda-aber-subversiv> (abgerufen am 25.05.2023).

J. Smirnova/H. Winter (2021): Ein Virus des Misstrauens. Der russische Staatssender RT DE und die deutsche Corona-Leugner-Szene, Institute for Strategic Dialogue, https://isdgermany.org/wp-content/uploads/2022/01/RT-DE_final-report.pdf (abgerufen am 24.05.2023).

B. Steinitz/P. Tell (2015): Nicht zu unterschätzen – »Montagsmahnwachen für den Frieden«, in: Berlin Rechtsaußen, <https://rechtsaussen.berlin/2015/06/nicht-zu-unterschaetzen-montagsmahnwachen-fuer-den-frieden/> (abgerufen am 23.05.2023).

Rechte Ideologien und Akteur*innen in Russland

von Lara Schultz

Ideologische Versatzstücke

Die ideologischen Positionen im autoritären und neoimperialen Russland lassen sich nicht auf eine singuläre Ausrichtung festlegen. Die derzeitige russische Staatsideologie bedient sich verschiedener, teils auch widersprüchlicher Elemente. Es ist genau dieser Eklektizismus, der für möglichst viele einen Anknüpfungspunkt bietet. Gleichzeitig ist die Staatspropaganda mit ihren verschiedenen ideologischen Bezügen oft widersprüchlich, was es wiederum schwer macht, sie zu widerlegen. Durch die Staatspropaganda, die Gesetzesverschärfungen und die Repressionen wird zusätzlich ein gesellschaftliches Klima geschaffen, in dem eine politische Debattenkultur ohnehin nicht möglich wäre.

Einen Grundpfeiler der Ideologie Putins bildet die russische Orthodoxie, die Moskau nach Byzanz als das dritte Rom und sich selbst als Bewahrerin des authentischen Christentums sieht. Demokratie sei ihr zufolge nichts für das russische Volk, denn dieses bräuchte Knute und Kirche als Bollwerk gegen die Verlockungen der „westlichen Dekadenz“. Weitere Anleihen finden sich unter anderem in einem panrussischen Ultrationalismus, welcher das russische Volk in einer hierarchisch überlegenen Position über anderen als „slawisch“ verstandenen Ethnien verortet. Maßnahmen

zur Russifizierung nicht-russischer Völker werden als Recht oder gar Pflicht verstanden. In diesem Zusammenhang steht die geopolitische Idee des *Eurasismus* und die Vorstellung, es müsse einen europäisch-asiatischen „Kulturraum“ unter russischer Vorherrschaft geben. Des Weiteren sind Ideologeme der *Konservativen Revolution* von Bedeutung. Die *Konservative Revolution* entwickelte sich in der Weimarer Republik und vereinte nationalistische, antiliberalen, antidemokratische und antiegalitäre Strömungen. Auch heute bezieht sich die sogenannte „Neue Rechte“ auf die *Konservative Revolution*. Weitere ideologische Bezugspunkte des neoimperialistischen Russlands sind die antirevolutionäre, antisowjetische Emigration nach der Oktoberrevolution und gleichzeitig Teile der Sowjetideologie.

Als historischer Bezugspunkt gilt vor allem die mittelalterliche Kyïver Rus, der Vorgängerstaat der heutigen Staaten Russland, Ukraine und Belarus. Die Hauptstadt der Rus war zunächst Novgorod, bis Feldherr Oleg im Jahr 882 das bereits im fünften Jahrhundert gegründete Kyïv eroberte und zur neuen Hauptstadt machte. Moskau hingegen wurde erst 1147 gegründet. Im Jahr 2022 verschwand die Bezeichnung Kyïver Rus aus russischen Schulbüchern und wurde nur noch Rus genannt. Somit wurde nicht nur der ukrainische Bezug der Kyïver

Rus ausgelöscht, sondern auch ein historisches Narrativ geschaffen. Diese Geschichtsklitterung stehe aber, laut des Co-Autors eines Geschichtsbuchs für die sechste Klasse, Aleksandr Danilov, nicht im Zusammenhang mit der „militärischen Spezialoperation.“ Es handele sich stattdessen lediglich um historische Genauigkeit. Sonst würden die wenigen Jahre mit Novgorod als Hauptstadt nicht ausreichend gewürdigt.⁰¹

Putins Quellen

Denker, auf die Wladimir Putin sich in seinen Reden bezieht, dessen Bücher er gerne verschenkt oder die bei Aufnahmen aus seinem Büro zu sehen sind, sind unter anderem Konstantin Leontjev, Nikolaj Danilevskij, Ivan Iljin, Nikolaj Berdjajev, Nikolaj Starikov.

Konstantin Leontjev (1831-1891) vertrat die Idee des *Počvenničestvo*⁰², der Rückkehr oder generell des Bezugs zum heimischen Boden, der den „dekadenten Westen“ ebenso wie revolutionäre, sozialistische und materialistische Ideen ablehnte und dabei eine antiprotestantische, antikatholische und oft antisemitische Haltung einnahm. Die Orientierung am Westen durch Peter den Großen lehnten die *Počvenniki* ab, befürworteten aber gleichzeitig seinen Hang zu Orthodoxie und Autokratie. Putin zitiert Leontjev in seinen Reden vor allem im Zusammenhang mit einem spezifischen „russischen Weg“, einer Idee der besonderen russischen Zivilisation, die auf Gott, Staat und Familie baut statt auf individueller Freiheit.

Der kulturpessimistische Nikolaj Danilevskij (1822-1885) stellt in seinem Hauptwerk *Russland und Europa* einen „germanisch-romanischen Kulturtyp“ einem „slavischen Kulturtyp“ gegenüber. Ersterer sei durch eine religiöse Intoleranz geprägt, gewalttätig und glaube an religiöse Lügen, während letzterer als friedfertig, duldsam und recht-

gläubig gelte und mit der Orthodoxie der einzig wahrhaftigen Religion anhängen⁰³.

Auch Ivan Iljin (1883-1954), ein monarchistischer Philosoph und in der Zwischenkriegszeit in der Emigration, zählt zu den Ideengebern für ein ideologisches Versatzstück. Er entwarf 1938 eine autoritäre Verfassung für ein postsowjetisches Russland, der zufolge die Demokratie schädlich sei. Vielmehr brauche Russland einen straff gelenkten Staat, der durch einen Monarchen zusammengehalten werden müsse. Hitler schreibt er eine besondere Rolle zu, da dieser, so Iljin 1933, den Bolschewisierungsprozess in Deutschland gestoppt und damit ganz Europa den größten Dienst erwiesen habe. In der 1956 posthum erschienenen Aufsatzsammlung *Unsere Aufgaben* beschreibt Iljin, dass die imperialistischen Nachbarländer Russlands versuchten, Territorien an sich zu reißen, die unter „natürlicher Kontrolle Russlands“ stünden, dies betreffe insbesondere die Ukraine und das Baltikum. Mit westlichen Machtansprüchen solle Russland zerstückelt und schließlich aufgelöst werden. 1948 lobte Iljin die autoritären Diktatoren Spaniens und Portugals, Francisco Franco und António de Oliveira Salazar, als „gute Faschisten“⁰⁴. Nicht zuletzt Putin ist für die Wiederentdeckung Iljins verantwortlich gewesen.

Nikolaj Berdjajev (1874-1948) gründete in Berlin im Exil eine *Religionsphilosophische Akademie*, über die er unter anderem mit Oswald Spengler, einem deutschen Vertreter der *Konservativen Revolution* und einer der ideologischen Wegbereiter des Nationalsozialismus, in engem Kontakt war. Berdjajevs *Philosophie der Ungleichheit* wurde verpflichtende Lektüre für Mitarbeitende der Präsidialadministration, so die kremlnahe Zeitung *Izvestija*.⁰⁵

Auch Nikolaj Starikov (*1970) sieht die Ukraine als Teil der russischen Nation, jedoch jenen Teil, der Moskau ablehnend gegenüberstehe. 2015 trat Starikov bei einem Kon-

⁰¹ vgl. Lenta.ru, 2022

⁰² nach dem russischen Wort *почва* (*počva*) für Erde, Boden

⁰³ vgl. Danilevsky, 1920

⁰⁴ Iljin, 1956, S. 70-72

⁰⁵ vgl. Dornblüth, 2014

gress des extrem rechten Magazins *Zuerst!* in Bad Sooden-Allendorf auf. Während Starikov einerseits in den sozialen Medien dazu aufruft, die gesamte „Nazi-Ukraine“ zu zerstören, ist er bei Adolf Hitler zurückhaltender und möchte die Nationalsozialist*innen nicht pauschal eines Angriffskrieges bezichtigen. Wen Putin in seinen Reden nicht zitiert, ist Aleksandr Dugin, ein Vertreter der neoeurasischen Idee. Der *Eurasismus* geht auf russische geopolitische Denker der 1920er zurück. Das Großrussische Reich sei diesen zufolge nicht Europa und nicht Asien, nicht West und nicht Ost, sondern stehe für einen Mittelweg zwischen Globalismus und Isolationismus, eine eigene großrussische Welt, geprägt von nationalkonservativen und traditionellen russisch-orthodoxen Werten. In der eurasischen Vorstellung von Großrussland gibt es keine Ukraine: Russland sei zu Größe verpflichtet, müsse expandieren und unter der Führung Russlands ein Eurasien schaffen. Dugin griff das Konzept des *Eurasismus* in den 1990er Jahren auf und entwickelte eine faschistoide Idee daraus, indem er Vorstellungen der europäischen sogenannten „Neuen Rechten“ wie Ultrationalismus, Antipluralismus, Antiegalitarismus und Antifeminismus aufnahm. Dass Putin zwar den *Eurasismus* als Idee vertritt, sich dabei aber auf die ursprünglichen Eurasier bezieht, nimmt Dugin ihm übel. Putin sei zwar ein unterstützenswerter Präsident, zu kritisieren sei aber, dass er noch keine ernsthaften Schritte zur Stärkung der eurasischen Ideologie als Grundlage für Russlands Platz in der Welt von morgen unternommen habe. Putin vertrete außerdem eine zu pro-westliche Auslegung des *Eurasismus*, obwohl die westliche Demokratie nicht zu Russland passe. Sollte Putin gar die Eurasische Wirtschaftsunion – eine 2015 gestartete Zollunion von Russland, Belarus, Kasachstan, Armenien und Kirgistan – auflösen, sei es schwierig, Putin weiterhin zu unterstützen,

so Dugin.⁰⁶

Die russische Präsidialadministration ist in der Vergangenheit immer wieder selbst Bündnisse mit Ultrarechten aus Europa und Russland eingegangen. Viktor Orbán gilt als Freund Putins, Marine Le Pen hat einen guten Draht in den Kreml, die italienische Lega war ebenso wie die FPÖ und die AfD mehrfach im Kreml zu Besuch. Berührungspunkte zu Nationalist*innen und der extremen Rechten gab es nie, aber wenn es politisch genehm war, wurde auch vor Nazismus gewarnt, wurden extrem rechte Parteien und Organisationen verboten.

Repressionen und Gesetzesverschärfungen unter Putin

2008 konnte Putin nicht mehr als Präsident kandidieren, da die Verfassung höchstens zwei vierjährige Amtszeiten hintereinander vorsah. Putin war also von 2008 bis 2012 Ministerpräsident und kandidierte erst 2012 erneut, nachdem durch eine Verfassungsänderung die präsidentielle Amtsperiode auf sechs Jahre verlängert wurde. 2018 wurde er wiedergewählt, 2024 hätte nach zwei aufeinanderfolgenden Amtszeiten Schluss sein sollen. Bei einer Verfassungsänderung im Jahr 2020 sollte ursprünglich das Wort „hintereinander“ gestrichen werden, was die Möglichkeit von mehr als zwei Amtszeiten pro Präsidenten ausgeschlossen hätte. Gleichzeitig wurde jedoch in der Duma beschlossen, dass dies für den amtierenden Präsidenten nicht gelte und dass seine bisherigen Amtszeiten auf null gesetzt werden. Das bedeutet, dass Putin folglich bis 2036 im Amt bleiben könnte. Da die Opposition unterdrückt und ins Gefängnis gebracht wird, wenn sie das Land nicht verlässt, sieht es auch ganz danach aus, als könnte es so kommen. Zusätzlich wurden die Zugangsbedingungen für eine Präsidentschaftskandidatur ver-

⁰⁶ vgl. Dugin, 2019, S. 19

schärft. Kandidat*innen müssen künftig mindestens 25 Jahre lang dauerhaft in Russland gelebt haben. Damit ist eine Kandidatur von oppositionellen Politiker*innen verunmöglicht, da viele aufgrund von Repressionen seit Kriegsbeginn ins Ausland fliehen mussten.

In Putins dritte Amtszeit fielen einige neue Gesetzgebungen, die nach und nach verschärft wurden. Das Gesetz über „ausländische Agenten“ trat 2012 in Kraft und galt zunächst für aus dem Ausland finanzierte NGOs. 2020 wurde das Gesetz auf aus dem Ausland finanzierte Privatpersonen ausgeweitet. Seit 2022 können zudem alle, NGOs und Privatpersonen, die unter jedweden, nicht unbedingt finanziellen, „ausländischen Einfluss“ stehen, als „ausländische Agenten“ keine staatlichen Mittel mehr beantragen, manche politischen Ämter nicht mehr ausüben, nicht mehr an staatlichen Universitäten unterrichten und nicht mehr mit Kindern und Jugendlichen arbeiten.

2013 trat das Gesetz gegen die so bezeichnete „Homopropaganda“, offiziell „Propaganda von nicht traditionellen sexuellen Beziehungen“ gegenüber Minderjährigen, in Kraft. Das Gesetz stellte positive Äußerungen über Homosexualität in Anwesenheit von Minderjährigen oder über Medien wie das Internet unter Strafe. Faktisch verhinderte es die Aufklärung von Kindern und Jugendlichen, ebenso die Tätigkeit von Anlaufstellen und Beratungsangebote für diese Zielgruppe. Im Dezember 2022 wurde das Gesetz weiter verschärft. Verboten ist fortan die „Propaganda“ für „nicht-traditionelle sexuelle Beziehungen“ und „Geschlechtsumwandlung“ für alle Altersstufen⁰⁷. Die Tabuisierung betrifft vor allem die Community selbst, aber auch die Kulturbranche. Theaterstücke, Filme und Bücher könnten so künftig zensiert oder verboten werden.

Das vermutlich bekannteste neue Gesetz in Russland stammt vom 4. März 2022 und verbietet, bei Androhung von Geld- oder Haft-

strafen von bis zu 15 Jahren, die „Verbreitung von Falschinformationen über Armee und Soldaten“, das „Diskreditieren der russischen Streitkräfte“ und ebenso in Bezug auf den Angriffskrieg auf die Ukraine die Begriffe „Krieg“, „Angriff“, „Invasion“ und „Kriegserklärung“⁰⁸. „Militärische Spezialoperation“, so muss der aktuelle Krieg genannt werden. Dass Kriege zumindest im offiziellen Sprachgebrauch nicht als solche bezeichnet werden, ist indes in Russland nicht neu. So hieß der Erste Tschetschenienkrieg von 1994 bis 1996 offiziell „Operation zur Wiederherstellung der verfassungsgemäßen Ordnung in Tschetschenien“, der zweite (1999-2009) „Antiterroroperation auf dem Territorium der Nordkaukasischen Region“ und der fünftägige Georgienkrieg 2008 wurde zur „Friedens erzwingung“ erklärt. Andere Bezeichnungen waren indes nie verboten und auch die Benennung eines Krieges war bis zu dieser Gesetzesänderung noch möglich, wenn auch nicht gewollt.

Die extreme Rechte in Russland

Die russische organisierte Naziszene ist seit der Hochphase 2008/2009 im Rückgang. Die *Slawische Union (Slawjanski Sojus, kurz SS)* unter Dmitrij Djomuschkin wurde ebenso wie die *Nationalsozialistische Gesellschaft (NSO)* 2010 verboten. Die *Bewegung gegen illegale Immigration (DPNI)* und die *Militante Organisation russischer Nationalisten (BORN)* haben sich 2011 aufgelöst. 10.000 extrem rechte Demonstrierende hatten sich 2010 und 2011 zum jährlichen „Russischen Marsch“ in Moskau eingefunden. Seitdem sinken die Teilnehmerschancen deutlich. 2021 hat der Marsch faktisch nicht stattgefunden. Anstatt des Marsches wurden 2022 unter den neuen Vorzeichen, die auch jeden extrem rechten Aufmarsch ebenso wie andere öffentliche Versammlungen als verdächtig

⁰⁷ vgl. Welt.de, 2022

⁰⁸ Tagesschau, 2022

erscheinen lassen, dezentrale „Tee-trinken“ genannten Aktionen organisiert. Fotos in den sozialen Netzwerken zeigen verpixelte Nazis am heimischen Esstisch oder in Kneipen als „Treffen von Gleichgesinnten.“ Es findet ein Rückzug ins Private statt. Der Deal, der nicht nur die extreme Rechte betrifft, scheint zu sein: „Hältst du dich aus der Politik raus, halten wir uns aus deinem Leben raus“. Individuelle ökonomische Freiheiten werden vom Staat nur gewährt, solange keine öffentliche Freiheit oder politische Versammlungen gefordert werden. Die Gesetzesverschärfungen und Repressionen treffen auch die extreme Rechte, die eine weitestgehend marginale Rolle einnehmen.

In Bezug auf den Ukrainekrieg lassen sich vier Positionen der russischen extremen Rechten ausmachen: Die Mehrheit der extrem rechten Gruppierungen unterstützt den Krieg ebenso wie die dahinterstehende Idee der Großmacht. Andere unterstützen den Krieg unter Vorbehalt: Die Ukraine solle Russland angeschlossen werden, danach solle aber in Russland nach extrem rechten Vorbild „aufgeräumt“ werden. Diese Position vertreten vor allem Anhänger*innen von Querfront, dazu zählen auch die Nationalbolschewist*innen der Partei *Das andere Russland* É. Limonovs. Je länger der Krieg andauert, desto lauter werden zudem Positionen, die diesen infrage stellen. Obwohl grundsätzlich der russischen Idee der Großmacht zugestimmt wird, wird der Krieg abgelehnt, weil er nur dazu führe, Russland zu isolieren und der Ukraine Sympathien zu schenken. Man befürchtet, dass erst in der Folge des Krieges eine ukrainische Nation, ein ukrainisches Zusammengehörigkeitsgefühl geschaffen werden könnte.

Schließlich gibt es noch diejenigen, die im Krieg die Ukraine unterstützen, auch kämpferisch. Das sind bisher vor allem Denis „Nikitin“ Kapustin, der 2008 das Nazi-Modelabel *White Rex* gegründet hat. Nikitin ist eine deutsch-russische

Führungsfigur der rechtsextremen Kampfsportszene und auch in Westeuropa gut vernetzt.⁰⁹ Auch die sogenannte *Wotanjugend* ist in diesem Kontext zu nennen, die ihre Wurzeln in der Rechtsrockszene der frühen 2000er in Russland hat. Putin und den Kreml lehnt die *Wotanjugend* als „zu lasch“ in Bezug auf Themen wie Einwanderung ab, stattdessen schauen sie zu Rechtsterroristen wie Timothy McVeigh und Anders Breivik auf.

Rechte Einstellungen reichen bis in die Mitte der Gesellschaft Russlands. Das unabhängige russische Meinungsforschungsinstitut *Levada* konstatiert in seiner jüngsten Erhebung vom Dezember 2021 zu rassistischen und antisemitischen Aussagen in der breiten Bevölkerung hohe Zustimmungsbereitschaften zu rassistischen Aussagen: Die Hälfte der Bevölkerung möchte sowohl Menschen aus Zentralasien als auch Rom*nja nicht oder allenfalls vorübergehend im Land wissen. Ein Drittel möchte Ukrainer*innen nicht dauerhaft im Land.¹⁰ Das war bereits bei der gleichen Fragestellung im Jahr 2010 nicht anders und ist nicht als Reaktion auf russische Kriegspropaganda zu verstehen, die die Ukraine als „faschistisch“ darstellt.

Russische Propaganda in Deutschland

Das deutsche *Center für Monitoring, Analyse und Strategie* (CeMAS) hat im Oktober 2022 seine repräsentative Umfrage zu Verschwörungserzählungen um den russischen Angriffskrieg gegen die Ukraine aus April desselben Jahres noch einmal durchgeführt. Die Ergebnisse zeigen, dass sich zwischen April und Oktober die Anzahl derjenigen, die solchen Verschwörungserzählungen glauben, bei allen Fragen deutlich erhöht hat, bei manchen nahezu verdoppelt. Dass Putin gegen eine globale Elite vorgehe, die im Hintergrund die Fäden ziehe, lehnt

⁰⁹ vgl. Alshater, 2023

¹⁰ vgl. Levada, 2022

ten im Oktober nur 56% der Befragten ab. Dass der Krieg in der Ukraine nur der Ablenkung von der Corona-Pandemie diene, glaubte im Oktober jede*r fünfte Befragte. In Bezug auf die Parteienpräferenz zeigt sich, dass insbesondere Wähler*innen und Anhänger*innen der AfD in Bezug auf den russischen Angriffskrieg Verschwörungsideologien anhängen¹¹.

Der im Juni gegründete AfD-Verein *Vadar* e.V. (Vereinigung zur Abwehr der Diskriminierung und der Ausgrenzung Russlanddeutscher sowie russischsprachiger Mitbürger in Deutschland) wird vorgeblich gegen antirussische Anfeindungen und Übergriffe aktiv. Der Verein gibt vor, russischsprachigen Menschen in Deutschland, die infolge des „Ukraine-Russlandkonfliktes“ Opfer von Diskriminierung oder Ausgrenzung geworden sind, kostenlos anwaltliche Hilfe zu gewähren. Zwar zeigt der Nationale Diskriminierungs- & Rassismusmonitor von 2022, dass die Diskriminierung von Menschen aus osteuropäischen Ländern in der Tat deutlich weniger wahrgenommen wird als die Diskriminierung anderer Gruppen¹², jedoch trifft Antislawismus (s. Kapitel dazu) nicht nur Menschen aus Russland, sondern auch aus der Ukraine, Polen, dem sogenannten „Balkan“ und weiteren Ländern. Tatsächlich stattfindende Diskriminierung wird von *Vadar* instrumentalisiert. Der Verein verbreitet vor allem russische Propaganda und spricht beispielsweise nicht von einem Angriffskrieg, sondern verharmlost diesen als einen „Konflikt“.

Eugen Schmidt, Bundestagsabgeordneter der AfD und stellvertretender Vorsitzender von *Vadar*, ließ sich am Tag vor der Vereinsgründung fraktionsintern zum Beauftragten für Russlanddeutsche ernennen. Die Bedeutung von Schmidt vollkommen überschätzend, berichteten mehrere russische Nachrichtenagenturen gleichlautend als Sensation, dass es in Deutschland mit Schmidt nun einen Beauftragten gebe, der die

Diskriminierung und Ausgrenzung russischsprachiger Menschen bekämpfe. In Deutschland spricht Schmidt selten mit der Presse, für russische und russischsprachige Medien hingegen zieht er von Talkshow zu Talkshow und lässt sich vom staatlichen Fernsehsender *Rossija 1* und dem Armeesender *Zvezda* ebenso interviewen, wie von der 2014 gegründeten privaten Informationsagentur *NewsFront* mit Sitz auf der von Russland annektierten Krim. Dabei verbreitet er Propaganda und Verschwörungserzählungen, die er in Deutschland in dieser Deutlichkeit nicht formuliert. Vor ihm war diese Propagandafunktion Anton Friesen und Waldemar Herdt zugefallen, die von 2017-2021 für die AfD im Bundestag saßen. Dass Herdt Anfang September 2021, als die Verlegearbeiten für die umstrittene deutsch-russische Ostseepipeline Nord Stream 2 beendet wurden, erneut seine positive Meinung zu dem Projekt äußerte, interessierte in Deutschland kaum jemanden. Russische Nachrichtenagenturen hingegen zitierten ausführlich seine Einlassungen, der staatliche Fernsehsender *Rossija 1* bot ihm in der Polittalkshow *60 minut* eine Bühne: Die Angriffe der außenpolitischen Gegner*innen Russlands auf Nord Stream 2 seien „ideologischer Wahnsinn“, die Grünen betrieben mit ihrem Plädoyer für Gas aus den USA lediglich Lobbyarbeit. In russischen Nachrichten und Talkshowformaten wirkte Herdt als wichtigster außenpolitischer Sprecher der Opposition im Bundestag und konnte dort seinem Hass auf die Regierung und seinen verschwörungshaften Erzählungen freien Raum lassen. Deutschland sei kein souveräner Staat, sondern ein „de facto besetztes Land“, weil es noch immer keinen Friedensvertrag mit den Vereinigten Staaten gebe. Es bestehe eine vermeintliche geheime Kanzlerakte, nach der jeder neu gewählte Bundeskanzler vom Weißen Haus genehmigt werden müsse. Hierfür müsse jeder Bundeskanzler noch vor der Amtsein-

¹¹ vgl. Heuer et al., 2022

¹² vgl. DeZIM, 2022.

führung nach Washington reisen. Diese Verschwörungserzählungen verbreitet nun Eugen Schmidt in russischen Talkshows: Deutschland sei von den Amerikaner*innen besetzt, deutsche Medien würden von der Regierung kontrolliert, alternative oder abweichende Meinungen würden unterdrückt, überhaupt unterdrücke eine regierende Elite alle Andersdenkenden. Dass Anfang Dezember 2022 25 Mitglieder einer extrem rechten Terrorgruppe verhaftet wurden, die mutmaßlich einen Staatsstreich planten, sieht Schmidt lediglich als Versuch, von den eigentlichen Problemen in Deutschland abzulenken.

Die AfD bemüht sich seit Jahren darum, als die einzige parlamentarische Interessenvertretung von Russlanddeutschen wahrgenommen zu werden. Zugleich schafft sie das Bild, dass die russlanddeutsche Community geschlossen hinter er AfD stehe. Waldemar Herdt hatte 2018 für den von ihm gegründeten *Volksrat der Russlanddeutschen* eine Wahlumfrage durchgeführt, der zufolge 75,9% der Russlanddeutschen bei der Bundestagswahl 2017 ihre Stimme der AfD gegeben hätten. Empirisch ist all dies nicht haltbar. Tatsächlich waren es einer nicht interessengeleiteten Studie zufolge 15%¹³ und somit nur knapp über dem amtlichen Wahlergebnis von 12,6%.

Lara Schultz bereist(e) seit Mitte der 1990er regelmäßig Russland und die Ukraine und schreibt über die extreme Rechte in Mittel- und Osteuropa, z.B. für *Jungle World*, *Der Rechte Rand*, *AIB* und *Lotta*.

¹³ vgl. Goerres et al., 2018

Nachweise

- S. Alshater (2023): Denis Kapustin. „White Rex“ – Vertrieb einer internationalen Neonazi-Marke aus Deutschland, in: Belltower News, <https://www.belltower.news/denis-kapustin-vertrieb-einer-internationalen-neonazi-marke-aus-deutschland-146953/> (abgerufen am 11.05.2023).
- N. J. Danilevsky (1920): Rußland und Europa. Eine Untersuchung über die kulturellen und politischen Beziehungen der slawischen zur germanisch-romanischen Welt, Stuttgart & Berlin.
- Deutsches Zentrum für Integrations- und Migrationsforschung, DeZIM (2022): Rassistische Realitäten: Wie setzt sich Deutschland mit Rassismus auseinander? Auftaktstudie zum Nationalen Diskriminierungs- und Rassismusmonitor (NaDiRa), Berlin.
- G. Dornblüth (2012): Die neue Ideologie der Elite, in: Deutschlandfunk, <https://www.deutschlandfunk.de/russland-die-neue-ideologie-der-elite-100.html> (abgerufen am 16.05.2023).
- A. Dugin (2019): Putin. Das Phänomen, Selent.
- A. Goerres/D. Spies/S. Mayer (2018): Deutsche mit Migrationshintergrund bei der Bundestagswahl 2017: Erste Auswertungen der Immigrant German Election Study zu Deutschtürken und Russlanddeutschen, https://www.researchgate.net/publication/323534980_Deutsche_mit_Migrationshintergrund_bei_der_Bundestagswahl_2017_Erste_Auswertungen_der_Immigrant_German_Election_Study_zu_Deutschturken_und_Russlanddeutschen (abgerufen am 11.05.2023)
- A. Heuer/J. Holnburger/P. Lamberty (2022): Belastungsprobe für die Demokratie: Pro-russische Verschwörungserzählungen und Glaube an Desinformation in der Gesellschaft, CeMAS, https://cemas.io/publikationen/belastungsprobe-fuer-die-demokratie/2022-11-02_ResearchPaperUkraineKrieg.pdf (abgerufen am 11.05.2023).
- I. A. Iljin (1956): O fašizme. [Über den Faschismus.], in I. A.. Iljin: Naši zadači. Stat'i 1948-1954. [Unsere Aufgaben. Artikel von 1948-1954, Paris, S. 70-72.
- Lenta.ru (2022): Историк объяснил исчезновение Киевской Руси из школьных учебников [Historiker erklärt das Verschwinden der Kyiver Rus aus den Schulbüchern], <https://lenta.ru/news/2022/05/23/russssss/> (abgerufen am 09.05.2023)
- Levada.ru (2022): Ксенофобия и мигранты [Fremdenfeindlichkeit und Migranten], <https://www.levada.ru/2022/01/24/ksenofobiya-i-migranty/> (abgerufen am 11.05.2023).
- Tagesschau (2022): Haftstrafen für „Fake News“ über Armee, <https://www.tagesschau.de/ausland/russland-gesetz-fakenews-strafen-101.html> (abgerufen am 16.05.2023).
- Welt.de (2022): Bis zu 160.000 Euro Strafe – Russland verschärft Restriktionen gegen „LGBTQ-Propaganda“, <https://www.welt.de/politik/ausland/article242310531/Russland-verschaerft-Restriktionen-gegen-LGBTQ-Bis-zu-160-000-Euro-Strafe.html> (abgerufen am 16.05.2023).

Zum Weiterlesen

- M. Bassin/G. Pozo (2017): The Politics of Eurasianism. Identity, Popular Culture and Russia's Foreign Policy, London & New York.
- J. L. Black (2022): Russia after 2020. Looking Ahead after two Decades of Putin, London & New York.
- M. Eltchaninoff (2022): In Putins Kopf. Logik und Willkür eines Autokraten, Bonn.
- J. Holzer/M. Laryš/M. Mareš (2018): Militant Right-Wing Extremism in Putin's Russia. Legacies, Forms and Threats, London & New York.
- R. Horvath (2021): Putin's Fascists. Russkii Obraz and the Politics of Managed Nationalism in Russia, London & New York.
- C. Leggewie (2016): Anti-Europäer. Breivik, Dugin, al-Suri & Co., Berlin.
- M. Quiring (2022): Russland. Ukrainekrieg und Weltmachtträume, Berlin.
- P. Robinson (2019): Russian Conservatism, Ithaca & London.
- A. Shekhovtsov (2017): Russia and the Western Far Right. Tango Noir, London.

„Wenn wir präventiv handeln wollen, bedarf es mehr“

Interview mit Marina Batalova

Marina Batalova arbeitet im Präventionsprogramm *Respekt Coaches*, welches sich an vielen Standorten bundesweit mit dem Abbau von Vorurteilen unter Schüler*innen und Demokratiebildung beschäftigt. Perspektif:a sprach mit ihr über die Situation an Schulen seit Beginn des Angriffskrieges und dem Umgang damit.

Am 24. Februar 2022 überfiel Russland die Ukraine und begann damit einen völkerrechtswidrigen Angriffskrieg. Wie nimmst du die Stimmung diesbezüglich an Schulen wahr?

Der Krieg in der Ukraine hat schon weit vor dem 24. Februar 2022 begonnen. Dieses Datum markiert aber eine Zäsur, als Russland in die Ukraine einmarschiert ist. Ich rede in meiner Arbeit sowohl mit Lehrkräften, als auch mit Schüler*innen und bekomme viele Perspektiven auf das Thema mit. Dennoch ist mein Eindruck subjektiv und weder für die Einen noch die Anderen allgemeingültig.

Ich nehme ein verändertes Stimmungsbild wahr, das strenger und rigoroser ist. Das ist bereits seit der Corona-Pandemie spürbar und hat sich mit dem Krieg verstärkt. Es gab einige einschneidende Situationen, an denen mir das besonders aufgefallen ist.

Ich arbeite an einer Schule, wo Personen mit vielen unterschiedlichen Migrationsbiografien zusammenkommen. Dort wurde ein interkultureller Tag veranstaltet, bei dem jede*r mit der Flagge des Herkunftslandes der Familie in die Schule kommen durfte. Schüler*innen kamen mit Flaggen zum Beispiel aus dem Libanon, aus Serbien oder aus Polen, auch Lehrkräfte beteiligten sich daran. Wir sind eine multikulturelle Schule, die sich das, im wahrsten Sinne des Wortes, auf die Fahne schreibt.

Als Kinder und Jugendliche mit Russlandflaggen in die Schule kamen, nahm ich einen gewissen Alarmismus wahr. Es folgte ein Bekenntnis seitens der Leitung, dass man sich von Nationalismus und jeglichen völkerrechtswidrigen Handlungen abgrenze. Konkret, russischer Nationalismus werde nicht geduldet und gehöre an der Schule verboten.

Da ich an dieser Schule auch im Bereich Radikalisierungsprävention arbeite, wurde ich zu dem Fall hinzugezogen. Studien belegen, dass das Erteilen von Verboten bei Kindern und Jugendlichen keine präventive Maßnahme ist, sondern radikale und extreme Einstellungen eher verstärken kann. Wir reagieren mit Verboten, weil es Gefühle von Überforderung und Angst gibt. Was wir aber vor allem brauchen, ist erstmal Information und Aufklärung.

Gibt es Konflikte mit oder unter den Schüler*innen, die im Zuge des Angriffskrieges entstanden sind?

Seitens der Kids kommt es zum Teil zu problematischen Aussagen. Die Verantwortung Russlands wird beispielsweise infrage gestellt, indem die USA als Aggressor und der Krieg gegen die Ukraine als ein Stellvertreterkrieg für andere Konflikte dargestellt wird. Wir haben viele Schüler*innen aus der Ukraine bei uns, die russisch sprechen und teilweise selbst aus den Kriegsgebieten gekommen sind. Auf dem Schulhof hören diese nun von einigen Schüler*innen mit russischem oder russlanddeutschem Bezug, dass „wir“ den Krieg gewinnen werden. Das ist ein Problem.

Teilweise gehen verschiedene Personengruppen Allianzen ein. Wenn beispielsweise eben genannte Schüler*innen sagen, die USA sei der wahre Aggressor, gibt es Jugendliche mit anderen Migrationsbiografien, die zustimmen: Ja, die haben auch unsere Länder zerstört, auch wir sind gegen die.

Auch vor dem Krieg gab es zahlreiche Konflikte und Probleme, sei es Queerfeindlichkeit, Sexismus, interreligiöse Konflikte und ethnozentrierte Einstellungen. All diese sind politisch und gesellschaftlich relevante Themen, die angegangen werden müssen. Mein Eindruck ist, dass erst seit dem Beginn des Angriffskrieges ein strikteres Durchgreifen erfolgt, wenn ein Vorfall zu unbequem wird, wie bei dem Beispiel mit den Flaggen. Die Arbeit mit all diesen Themen muss aber schon viel früher erfolgen und nicht erst, wenn ein Krieg wie dieser beginnt. Wenn wir präventiv handeln wollen, bedarf es mehr.

Wie gehen Lehrer*innen mit der derzeitigen Situation um?

Natürlich ist der Handlungsbedarf sehr groß, gleichzeitig aber auch die Überforderung. Lehrkräfte sind keine politisch neutralen Akteur*innen und haben genauso ihre eigenen Einstellungen und Meinungen. Bestimmte Aussagen der Jugendlichen, die womöglich nicht zum eigenen politischen oder moralischen Empfinden passen, sehen sie folglich anders und möchten diese gegebenenfalls klarstellen.

Wenn eine der Schüler*innen beispielsweise sagt, dass wir es nicht mit einem Angriffskrieg zu tun haben, ist das natürlich falsch, denn es ist offensichtlich ein Angriffskrieg. Auf konkrete Nachfragen, woher sie diese Informationen haben, berichten einige, dass sie auch „andere Medien“ konsumieren, russisches Fernsehen gucken oder Aussagen von Eltern hören, die dann in der Schule wiederholt werden. In solchen Situationen versuchen Lehrkräfte oftmals, auf einer sachlichen Ebene zu reagieren. Sie schauen beispielsweise in der Schulstunde die Kindernachrichten des ZDF, um ein Angebot mit Fakten und ausgewiesenen Quellen zu schaffen. Das funktioniert allerdings nicht in allen Fällen.

Inwiefern funktioniert das nicht?

Zum einen haben wir es mit Verschwörungserzählungen und feindlichen Haltungen gegenüber Medien, die als „Mainstream“ kategorisiert werden, zu tun: Das sei westliche Propaganda, die uns alle für dumm verkaufen möchte, das sei doch alles Fake. Zum anderen kommen eigene Erfahrungen von Unzufriedenheit in der Mehrheitsgesellschaft und Diskriminierung hinzu, vor allem in strukturschwachen Stadtteilen. Dort, wo Eltern nicht genug verdienen und der Alltag prekärer ist. Beides ist systemisch miteinander verknüpft. Den Schüler*innen stehen oftmals Lehrkräfte gegenüber, die diese Erfahrungen selbst nicht machen. In der Logik der Schüler*innen versuchen eben diese Lehrkräfte, sie davon zu überzeugen, dass das, was sie sagen, falsch ist. Meiner Beobachtung nach entsteht dabei eine Wechselwirkung, bei der die Lehrkraft als Vertreter*innen jener Gruppe wahrgenommen wird, von der sich die Kids klein gehalten fühlen. Sie wollen dagegen aufbegehren. Dabei ist den Schüler*innen bewusst, dass dies mit dem Aussprechen von bestimmten Aussagen klappt. Das ist eine bewusste Provokation. Das Angebot, gemeinsam Nachrichten zu schauen, um mithilfe von Fakten vom Gegenteil überzeugt zu werden, wird dann nicht angenommen, dagegen wird rebelliert. Generell müssen wir uns auch die Frage stellen, inwiefern wir es tatsächlich mit einer ideologischen Überzeugung zu tun haben, oder worum es tatsächlich geht, wenn problematische Aussagen getätigt werden. Gleichzeitig dürfen wir nicht vergessen, dass es natürlich auch jene Jugendliche gibt, die rechte und verschwörungsnahen Haltungen klar ablehnen und damit zum Teil das eigene Elternhaus problematisieren.

Nationalistische Haltungen an Schulen sind hochproblematisch und müssen bearbeitet werden, keine Frage. Gleichzeitig nehme ich mehr Druck und Spannung, ein härteres Durchgreifen gegenüber den Schüler*innen wahr, wo man doch eigentlich pädagogisch arbeiten müsste. Das sind Kinder, keine fertigen Menschen, die entwickeln ihre Identität erst noch. Sie befinden sich in einer sehr sensiblen Phase. Und die Identitätsangebote für diese Kinder sind nun mal rar, auch für jene aus russischen und russlanddeutschen Familien.

Was ist notwendig, um mit Schüler*innen aus strukturell benachteiligten und migrantisch geprägten Verhältnissen, die nationalistische und generell rechte Aussagen treffen, präventiv arbeiten zu können?

Zunächst eine andere Art des Dialogs, der vermehrt auf Augenhöhe stattfinden kann. Aufgrund von Gefühlen von Ohnmacht und Verunsicherung erfolgt ein solcher Dialog oftmals nicht. Wir wollen rechte und verschwörungstheoretische bis hin zu propagandistische Aussagen bekämpfen, indem wir aufklären und Wissen nachhaltig vermitteln. Wir sollten dies allerdings auf eine Weise tun, indem wir nicht nur versuchen, eine Person schlicht zu belehren. Schüler*innen müssen dazu gebracht werden, eigene Aussagen selbst hinterfragen zu können und den tatsächlichen Sachverhalt eigenständig zu reflektieren. Ein Beispiel: Ein Schüler oder eine Schülerin lobt Putin als starken Staatschef. Sagt die Person dies aus einer politischen Überzeugung heraus, oder sind weitere Faktoren beteiligt? Solche Faktoren könnten beispielsweise Diskriminierungserfahrungen, Frust und Unzufriedenheit über die eigene Lebensrealität oder ein Wunsch nach mehr Resilienz sein, indem eine Identifikation mit einer autoritären Führerfigur stattfindet. Die Motivation kann sich in einem Gespräch herausfinden lassen, wenn die Widersprüche der eigenen Aussage erkannt und die Hintergründe selbstständig reflektiert werden. So kann es hilfreich sein, wenn die Lehrkraft die Aussage in eigenen Worten wiederholt und der oder die Schüler*in damit die Gelegenheit zur Klarstellung bekommt. Die Lehrkraft kann anschließend Nachfragen stellen, etwa ein Szenario gedanklich fortführen, um die vorherige Zustimmung nochmal zu überprüfen. Auch die Artikulation der eigenen Gefühle kann helfen, wenn eine Lehrkraft beispielsweise klar sagt, dass sie sich mit der Aussage unwohl fühlt. Damit ist natürlich nicht ausgeschlossen, dass wir es mit ideologischen Überzeugungen zu tun haben könnten. Womöglich geht es am Ende aber weniger um eine politische Position als um Aufmerksamkeit und Provokation. Es ist wichtig, dies differenzieren zu können.

Wie können Lehrkräfte eine solche Art des Dialogs und Umganges umsetzen, was brauchen sie dafür?

Um einen guten pädagogischen Umgang zu finden, brauchen die Lehrkräfte zunächst Wissen. Ich habe anfangs erwähnt, dass sich Reaktionen in Form von Verboten vor allem aus Verunsicherung und Angst speisen. Um solche Ängste zu überwinden, brauchen wir erstmal ein grundsätzliches Verständnis über die Personen, mit denen wir arbeiten: Über deren Communitys und Geschichten, wie auch mehr Sensibilität für deren Lebensrealitäten, die in vielen Fällen nun mal sehr anders als die der Lehrkräfte sind. Denn die Lehrkräfte kommen zu meist aus anderen, in der Tendenz einem sogenannten bildungsnahen Umfeld. Sie kennen die Lebensrealitäten vieler migrantischer und prekär lebender Kids nicht und können sich da schwer hineinversetzen. Die Zugänge zu gesellschaftlichen Ressourcen wie Bildung sind aufgrund der sozialen Herkunft nun mal ungleich verteilt, und als Lehrkraft muss man sich Gedanken darum machen, welchen Beitrag man selbst innerhalb dieses Schulsystems womöglich dazu leistet. Selbst wenn Lehrkräfte ein Bewusstsein für soziale Ungleichheit haben, sehen sie sich nicht automatisch auch als Teil der Praktiken, die diese befördern. Was es meiner Meinung nach braucht, ist eine größere Habitus-sensibilität. Die Lehrkräfte erleben die Rahmenbedingungen des Aufwachsens dieser Jugendlichen zumeist im schulischen Kontext. Das bedeutet zum Teil in Situationen, die aufgrund einer habituellen Distanz schwierig und überfordernd sein können, weil Schüler*innen auf eine bestimmte Art agieren und sprechen, die einem selbst aus den eigenen Kontexten unbekannt sein mag. Um eine habitussensible Haltung aufzubauen, braucht es die Möglichkeit der Reflexion und des Austausches, sei es in Form von regelmäßigen verpflichtenden Fortbildungen, Fachtagen oder Supervisionen.

Was ich mir in dem Kontext zudem wünsche, ist eine traumasensible Haltung. Die Schüler*innen kommen zum Teil aus Kriegsgebieten, aus Ländern und Systemen, die zusammengebrochen sind; die seit vielen Familiengenerationen Ausgrenzungserfahrungen machen und dies noch immer tun. Wir haben es in einigen Fällen also mit kollektiven und transgenerationalen Traumata zu tun, mit Identitätsbrüchen und Ängsten, die in der Familie selten bearbeitet und damit weitergetragen werden. Daraus können bestimmte Erlebens- und Verhaltensmuster entstehen, die nicht für alle verstehbar sind.

Im pädagogischen Alltag fehlt für all das leider der Raum und die Zeit. Es gibt einen Lehrauftrag und die Kinder müssen Unterricht erhalten, klar. Ich sehe aber auch einen Lehrauftrag darin, politische Bildungsarbeit und Partizipationsangebote zu fördern. Das ist aber nur möglich, wenn die eigene Rolle bewusst verhandelt wird, eigene Haltungen hinterfragt wird und Kompromisse ausgehalten werden.

Was braucht es jenseits des Klassenzimmers an Maßnahmen und Angeboten?

Präventionsarbeit endet nicht in der Schule. Es braucht auch mehr Angebote im Sozialraum, die vom schulischen Kontext entkoppelt sind und eigenständig agieren können. Die Jugendlichen brauchen Räume, wo sie ihre Erfahrungen teilen können und wo sie dazu ermutigt werden, über die Dinge zu reden, die auch wehtun können. Wie ich zuvor sagte, sie provozieren gerne. Sie tun dies, auch weil sie müde von diesen Erfahrungen sind und sich eigentlich eher empowern müssten. Inwiefern solche Räume geschaffen werden können, ist wiederum eine Frage der Ausfinanzierung. Geld fehlt immer und die Förderlogiken entsprechen nicht unbedingt dem, was tatsächlich gebraucht wird. Die Bedarfe sind aber nun mal da. Und müssten womöglich neu formuliert werden. Neben dem Bedarf an Radikalisierungsprävention für migrantische Kids sehe ich vor allem einen Bedarf darin, sich mehr mit den Wünschen und Bedürfnissen der jeweiligen Communitys zu beschäftigen. Was braucht zum Beispiel ein Jugendlicher aus einer Familie mit postsowjetischem Bezug in Osdorf, um ein gutes Leben führen zu können? Wissen wir das? Es braucht Projekte, die sich auch mit diesen Fragen beschäftigen und zum Beispiel anhand von Interviews vor allem biografisch arbeiten. Darüber hinaus müssen solche Projekte an größere Institutionen angegliedert sein, etwa an Forschung und Lehre an Hochschulen, damit diese Themen auch ihren Weg zurück in die Ausbildung von Pädagog*innen finden. Ich habe irgendwann erkannt, dass die Migrationsgeschichte der Jugendlichen in meiner Arbeit immer im Vordergrund steht. Wir sprechen so oft von Personen mit einem „Migrationshintergrund“, dabei ist es im alltäglichen Umgang eher ein Migrationsvordergrund. Das muss uns bewusst sein.

PERSPEK'TIF:A und Hamburg Vernetzt gegen Rechts stellen sich vor

PERSPEK'TIF:A

Schwerpunkt bei Kurswechsel: (Extrem) rechte Einstellungen in postmigrantischen Communitys in Deutschland

Neben (extrem) rechten Organisationen und Einstellungen, strukturellem und Alltagsrassismus in der Mehrheitsgesellschaft gibt es (extrem) rechte Einstellungen und Bewegungen auch in postmigrantischen Communitys in Deutschland. Das bekannteste Beispiel sind die sogenannten „Grauen Wölfe“, eine türkisch-nationalistische Gruppierung. Weitere (extrem) rechte Bewegungen existieren auch in Communitys mit osteuropäischen oder postsowjetischen Bezügen. Vielfach wird die jeweilige Ideologie auch mit fundamentalistischen, nationalistisch ideologisierten Auslegungen insbesondere des Christentums oder des Islams angereichert. Immer wieder gibt es auch Überschneidungen mit (extrem) rechten Bewegungen der Mehrheitsgesellschaft.

(Extrem) rechte, nationalistische und völkische Einstellungen und Organisationen in postmigrantischen Communitys stellen nicht nur eine Bedrohung für die pluralistische Gesellschaft als Ganzes dar. Ganz konkret sind insbesondere Regime- und Regierungskritiker*innen, deutsche Politiker*innen sowie Minderheiten

innerhalb migrantischer Communitys in Deutschland bedroht.

Oftmals wird diese Bedrohungslage in der Mehrheitsgesellschaft jedoch nicht wahrgenommen. Denn aufgrund fehlenden Wissens sind die verschiedenen nicht-mehrheitsdeutschen Spielarten (extrem) rechten Denkens vielen Menschen schwerer zugänglich als der Rechtsextremismus deutscher Provenienz und dadurch weniger sichtbar. Auch in öffentlichen Debatten zum Themenkomplex „Rechtsextremismus“ wurde und wird diesen Varianten (extrem) rechter Einstellungen zu wenig Beachtung geschenkt. Um diesen langfristig konsequent und pädagogisch entgegenzuwirken, entwickeln wir fortlaufend ein Distanzierungs- und Ausstiegsarbeitskonzept (weiter). Dazu gehören neben Recherche zu Strukturen, Personen und Diskursen eine Verzahnung von Wissenschaft und Praxis etwa in Form von Fachaustauschen von Fachkräften und Wissenschaftler*innen. Mit diesen Erkenntnissen erarbeiten wir neben einem pädagogischen Beratungs- und Ausstiegsbegleitungskonzept unterschiedliche Informations- sowie Bildungsveranstaltungen in verschiedenen Formaten wie z. B. Vorträge, Workshops, Seminare oder Fachtage. Weitere Veröffentlichungen befinden sich auf unserem Blog.

Unsere Angebote

- Distanzierungs- und Ausstiegsbegleitung für Menschen mit (extrem) rechten Einstellungsmustern und Migrationsbezug
- Beratungsgespräche mit Fachkräften, Engagierten sowie Angehörigen und Bezugspersonen
- Austausch mit (pädagogischen) Fachkräften und Wissenschaftler*innen
- Informations- und Bildungsformate für Fachkräfte (insbes. Sensibilisierung für und Information über die Bereiche Rassismus und (extrem) rechte Einstellungen sowie Bewegungen innerhalb migrantischer Communitys)
- Öffentliche Veranstaltungen mit Expert*innen

Kontakt

info@perspektifa.de
www.perspektifa.de

Vernetzt gegen Rechts

Wir agieren seit 2008 als Koordinierungsstelle des Beratungsnetzwerkes gegen Rechtsextremismus in Hamburg (BNW) – und weil das so lang ist, sind wir jetzt: Vernetzt gegen Rechts. Wir koordinieren, bündeln und vernetzen Hamburger Institutionen, die sich gegen Rechtsextremismus und rechte Einstellungen engagieren. Wir tragen dazu bei, dass dieses Engagement und die hiesigen Angebote dazu sichtbar sind. Außerdem informieren wir zu den Themenfeldern Rechtsextremismus, Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit und Verschwörungserzählungen. Sie suchen das richtige Beratungs- oder Bildungsangebot dazu in Hamburg? Wir weisen gern an die passende Stelle. Ihre Organisation möchte sich gegen rechte Positionen stellen? Auch dabei unterstützen wir Sie gern.

Mit unserer Arbeit möchten wir neben unseren Mitgliedern des Hamburger Beratungsnetzwerk gegen Rechtsextremismus auch die organisierte Zivilgesellschaft und Einzelpersonen aus Hamburg erreichen, die Rat und Informationen zu unseren Themen suchen. Überregional sind wir im Norden mit den Bündnissen „Verantwortung übernehmen im Norden“ und Nordverbund Ausstieg Rechts und auf lokaler Ebene mit den sieben Partnerschaften für Demokratie (und Vielfalt) in Hamburg vernetzt.

Kontakt

<https://vernetztgegenrechts.hamburg>
<https://gegenverschwoerung.hamburg/>
vernetztgegenrechts@lawaetz.de

Über das CJD

Das CJD ist ein bundesweit tätiges Jugend-, Bildungs- und Sozialwerk. Es bietet jährlich 155.000 jungen und erwachsenen Menschen Orientierung und Zukunftschancen.

Sie werden von 9.500 hauptamtlichen und vielen ehrenamtlichen Mitarbeitenden an über 150 Standorten gefördert, begleitet und ausgebildet. Grundlage ist das christliche Menschenbild mit der Vision „Keiner darf verloren gehen!“.

Herausgeber*innen

CJD Hamburg, Team Kurswechsel
Vernetzt gegen Rechts Hamburg

Erscheinungsjahr

2023

Drucknummer des CJD

CJD-23-09-1854-2

Satz und Gestaltung

Janusz Beck www.januszbeck.com

Kontakt

CJD Hamburg
Glockengießerwall 3
20095 Hamburg
www.perspektifa.de

und

Hamburg vernetzt gegen Rechts
Johann Daniel Lawaetz-Stiftung
Neumühlen 16-20
22763 Hamburg
<https://vernetztgegenrechts.hamburg>

Urheberrechtliche Hinweise

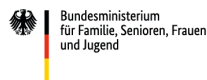
Alle Rechte vorbehalten. Diese Publikation wird kostenlos zur Verfügung gestellt. Das Urheberrecht bleibt beim CJD Hamburg und Vernetzt gegen Rechts Hamburg. Eine Weitergabe oder Vervielfältigung, auch in Teilen, ist nur nach ausdrücklicher schriftlicher Zustimmung gestattet. Zusätzlich muss die Quelle korrekt angegeben werden.

Haftungsausschluss

Die Hinweise in dieser Publikation wurden nach bestem Wissen und Gewissen formuliert. Diese Handreichung ersetzt keine individuelle (juristische) Beratung. Für die Richtigkeit, Vollständigkeit und Aktualität der Informationen wird keine Gewähr übernommen.

Die Veröffentlichungen stellen keine Meinungsäußerung der unten aufgeführten Behörden dar. Für inhaltliche Aussagen tragen die Herausgeber*innen und Autor*innen die Verantwortung.

Gefördert vom



im Rahmen des Bundesprogramms

Demokratie *leben!*

Gefördert durch





